

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Die Milch nicht einfach aus der Hand geben!

Milch

Milcherzeuger müssen selbst aktiv werden. Warum die Bündelung der Milch im Milchboard so wichtig ist, was Milchbauern in anderen Ländern vorantreibt und was in den Aufsichtsräten der Molkereien geredet wird, auf den **Seiten 2, 11-13**

Blauzunge

Die Debatten um Ängste und Sorgen der Gegner und Befürworter der Blauzungenimpfung nehmen zu. Offiziell wird gemauert. Bauern, Bäuerinnen und Tierärzte kommen in Berichten und Leserbriefen zu Wort, auf den **Seiten 6, 7, 24**

Gentechnik

Nein zur Gentechnik! Das sagt Umweltminister Gabriel in Brüssel, Menschen aus dem Oberallgäu gründen eine gentechnikfreie Region und Bauern aus Hohenlohe demonstrieren gegen das Schweinepatent von Monsanto. Auf den **Seiten 16, 17**

Die Seite 3

Streit in der Bundesregierung um das Milchdumping 3

Agrarpolitik

BMELV: Erst erhöhen, dann aussteigen 4

Transparenz: Gerechtigkeit nicht Neid 4

Blauzunge

Nachgetreten 6

Leserbrief

Warum Bauern sich weigern zu impfen 7

Erfahrungsberichte zur Blauzungenimpfung

Bewegung

Sonnenenergie, Humusaufbau und Biogas (AbL NI) 8

Bearbeitung der Bauernkonflikte (AbL Bayern) 10

Absatzfonds und Vorstandswahlen (AbL BW) 10

Ländliche Räume erhalten (AbL RIP) 10

Schwerpunkt: Milch

Milch, Blauzunge und Gentechnik 11

Schweiz im Eiltempo bei der Milchbündelung 12

Rezepte gegen zuviel Milch 12

Rein in die Molkerei-Aufsichtsräte? 13

Milchbauern und Verbraucher 13

Nachbau

Nachbau, wie soll es weitergehen? 14

Monsanto, AXA und die Deutsche Bank 14

Im Angesicht der Saatgutbürokratie 15

Gentechnik

Mit Postkarten und heimischem Futter 16

Gabriel entscheidet sich 16

Bäuerlich, fair und gentechnikfrei 17

Hofportrait

Immer eine Idee weiter. Agrargenossenschaft Spreetal 18

Weiter Themen

Aus Stall, Feld und Umfeld zu Besuch bei der Hofgruppe und Anneliese Schmeih, Seite 9; Leserbrief, Seite 14 und 19; Lesen, 20-21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

Das Angebot an Milch übersteigt die Nachfrage, in der EU und weltweit. Das wenige, was zu viel erzeugt ist, drückt den Milchpreis so tief, dass er in Deutschland auf keinem Betrieb die Kosten mehr deckt. Mit jedem so erzeugten Liter Milch wird Substanz vernichtet. In allen anderen wichtigen Milcherzeuger-Ländern der EU setzt sich eine ähnlich katastrophale Situation nun auch durch.

Die EU-Kommissarin und die EU-Minister wissen um die Situation. Der Rückgang der Exporte und der aufziehende Mengendruck waren ihnen schon bekannt, als sie im März und November letzten Jahres die Erhöhung der Milchquoten beschlossen haben. Der boomende Exportmarkt China war nichts als Bluff. Dass sie die Quoten dennoch erhöhten, hatte nur ein Ziel: Den Preis wieder nach unten zu drücken, nachdem wir alle erlebt haben, dass der Markt sehr wohl über 40 Cent für den Liter Milch hergeben kann, wenn das Angebot nicht über den Bedarf hinausgeht. An ihrer Preisdruckstrategie halten Kommission und Ministerrat weiter stur fest.

Kommissarin Fischer Boel sagt, so wolle sie Exportmärkte der europäischen Milch-



Kommentar

Milch bündeln,
Marktmacht zurückholen

industrie verteidigen. Und wenn die Tiefpreise nicht reichen, werden Exportsubventionen eingesetzt, auch wenn es der eigenen Markt-Ideologie zuwiderläuft. Es geht eben nicht um Markt oder Staat, sondern um Industrie-Interessen. Die bestimmen bisher die Politik – und den Preis.

Das gilt auch in Deutschland. Nur kurz gab im letzten Sommer Horst Seehofer vor der Bayernwahl dem Druck der Milchbauern und Milchbäuerinnen nach und rang allen Länderministern die Zustimmung zu den Forderungen des BDM ab. Sie konnten nicht anders. Es hatten nicht nur 70 Prozent der Milchviehbetriebe gestreikt, sondern auch in der Gesellschaft gab es einen riesigen Rückhalt. Beides hatte die Gegenseite nicht erwartet. Doch selbst dieser Druck hielt nicht. Kaum war die Bayernwahl gelaufen, brachen die Länderminister ihr Wort und schlugen sämtliche Zusagen in den Wind. Milchindustrie und Bauernverband hatten sie mit einer Kampagne dazu gedrängt.

Objektiv ist jetzt die Lage auf den Milchviehbetrieben so katastrophal, dass nach dem Warnstreik vom letzten Jahr nun ein Streik folgen müsste, der diese Lage nachhaltig ändert. 19/20 Cent – nie war es billiger, Milch an Kälber zu verfüttern statt abzuliefern. Aber auf den Höfen wird jetzt erst recht jeder Cent gebraucht. Für die individuelle Bereitschaft zum Streik braucht es also ermutigende Aussichten, diesmal auch langfristig erfolgreich zu sein – ein Streik, der BDM und Betrieben nicht das Kreuz bricht.

So oder so: Es ist notwendig, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ein denkbarer Streik erfolgreich werden kann. Entscheidend dafür ist die vorherige Bündelung der Milch in der Verantwortung der Milchviehhalter. Es war ein unglaublicher Kraftakt, im letzten Sommer für ein paar Streiktage gemeinsam über die Milchflüsse mitzubestimmen. Die Bündelung in der Milcherzeugergemeinschaft Milch Board ist dagegen für jeden Einzelnen eher ein Spaziergang, wirkt aber langfristig. Gemessen an dem, was für die Betriebe und Familien auf dem Spiel steht, ist der Aufwand, den der Eintritt ins Milch Board abverlangt, angemessen: Neben der Beitrittserklärung und einem geringen Jahresbeitrag ist es der gemeinsame Wille, dass Milch den Markt nicht mehr zu Preisen erreicht, die die Kosten der Erzeugung nicht abdecken – möglicherweise sogar ohne Streik.

Es wird – auch nach 2015 – immer Regeln geben, die auf Preis und Menge Einfluss nehmen. Die Frage ist nur, wer diese Regeln bestimmt. Ist es eine Handvoll Konzerne der Milchindustrie, oder schaffen es die Milchviehhalter, diese Regeln aktiv mitzugestalten. Niemand will die Molkereien ersetzen. Aber ihre Stärke darf eben nicht länger auf der Schwäche der Milcherzeuger beruhen.

Milchbäuerinnen und Bauern, Ihr habt es in der Hand. Tretet dem Milch Board bei. Es ist ein kleiner Schritt für jeden Einzelnen, mit großer Wirkung für alle Milchviehhalter.

Maria Heubuch und Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Bundesvorsitzende der AbL

Impressum

b unabhängige
bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 3171, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Marlene Herzog: 02381-492289; Marcus Nürnberger: 02381-492220; Claudia Schievelbein: 02381-9053173; Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper; Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;

Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Streit in der Bundesregierung um das Milchdumping

Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul widerspricht Agrarministerin Aigner und freut sich über zunehmenden gesellschaftlichen Druck

Sie strahlt. Sie lässt ihren Charme sprühen. Sie sagt gegenüber den Medien Sätze wie: „Die Lage für die Milchbauern ist dramatisch.“ Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner hat dennoch im EU-Agrarrat am 23. März in Brüssel nicht einmal die Forderung durchgebracht, die nächste im Health-Check beschlossene Milchquotenerhöhung zum 1. April aufzuschieben. Demnach bleibt es vorerst dabei, dass die Milchquote ab April 2009 fünf mal um jährlich ein Prozent angehoben wird. Auch an den Exportsubventionen für Milchprodukte, die am 23. Januar wieder eingeführt worden sind und kurz darauf noch mal angehoben wurden, wird festgehalten. Seither und weiterhin können mit wenigen Ausnahmen die subventionierten Exporte in allen Ländern der Welt abgesetzt werden.

Aigner hält an Dumping fest

Aigner hatte sich dafür eingesetzt, die ärmsten Entwicklungsländer von dieser Regelung auszunehmen. „Sie hat damit anerkannt, dass diese gedumpte Exporte zerstörerische Wirkungen auf Märkte vor allem in Ländern der Dritten Welt haben“, kommentiert AbL-Bundesvorsitzender Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf das Vorgehen. „Aber es ist eine Illusion zu glauben, mit dieser Einschränkung könnten die Wirkungen eingedämmt werden. Länder, in die subventionierte Exporte gehen, bleiben davon betroffen.“ Der logische und auch notwendige Beschluss, die Exportsubventionen ganz abzuschaffen, bleibt seitens des Landwirtschaftsministeriums aus. Dafür müsste vermutlich auch erst die Hürde Deutscher Bauernverband genommen werden, der jüngst sogar noch eine Erhöhung der Exportsubventionen für Milchprodukte gefordert hat.

Am Rande des EU-Agrarrats hat Ilse Aigner noch ein Konjunkturpaket in Höhe von bis zu 90 Millionen Euro angekündigt, die ihrem Willen nach den Milchbauern zu Gute kommen sollen. Auf der Agrarministerkonferenz von Bund und Ländern Ende März will sie ihre Länderkolleginnen und Kollegen dafür gewinnen, das Geld aus dem EU-Konjunkturpaket in den Milchbereich statt in Breitbandnetze der Telekom zu stecken. „Allerdings kann man nun mit einer derart geringen Finanzspritze nicht einfach retten, was vor wenigen Monaten durch Fehlentscheidungen im Bundesrat und in Brüssel verbrochen wurde“, sagt Graefe zu Baringdorf. „Die im März und November letzten

Jahres von den EU-Agrarministern beschlossenen Milchquotenerhöhungen sind mit verantwortlich für den rapiden Preisverfall.“

Gesellschaftlicher Druck wächst

Eine neue Ausrichtung der europäischen Milchmarktpolitik fordert ein deutsches Aktionsbündnis von 30 Organisationen und Netzwerken, das die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) mit initiiert hat. Das Bündnis hat in der Campact Onlineaktion „Stoppt das Milchdumping“ binnen sechs Tagen 18.000 Unterschriften gesammelt für die Forderungen, die Exportsubventionen sofort abzuschaffen und die europäische Milchproduktion

Zeul begrüßte die Aktion der Verbände und die kritische gesellschaftliche Debatte um die Legitimität von Exportsubventionen: „Als ich 1979 ins Europaparlament kam, wurden weit mehr Exportsubventionen gezahlt, aber es wurde in der Öffentlichkeit kaum darüber geredet. Gut, dass das anders ist.“

Comeback veralteter Instrumente

Bisher sind EU Lizenzen für Exporterstattungen für insgesamt 50.000 Tonnen Butter, 61.000 Tonnen Magermilchpulver, 60.000 Tonnen Käse und 273.000 Tonnen andere Milchprodukte einschließlich Vollmilchpulver vergeben. Bei dem jüngsten Ausschrei-

Weltmarktpreis weiter unter Druck geraten ist.

In der EU hat Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel angekündigt, dass die Interventionsankäufe über die festgelegten Obergrenzen hinaus fortgesetzt werden. Die Obergrenze für Interventionsbutter in Höhe von 30.000 Tonnen war Anfang März in nur drei Tagen ausgeschöpft. Dann bleibt laut EU-Recht nur das Ausschreibungsverfahren, wo normalerweise die billigsten Angebote zum Zuge kommen. Doch die Kommission hat bei der jüngsten Ausschreibung zu einem Preis aufgekauft, der 99,2 Prozent des Interventionspreises entspricht, betont Fischer Boel. Faktisch kommt das einer Aufhebung der Obergrenzen für die feste Intervention für Butter gleich. Durch dieses „neue“ Verfahren sind bereits 6.665 Tonnen Butter angekauft worden, es soll bis Ende August fortgesetzt werden.

Der Mengendruck auf dem Markt ist eben groß. In der ebenfalls, wenn auch weit geringer mit EU-Geld geförderten privaten Lagerhaltung von Butter liegen bereits knapp 54.000 Tonnen auf Halde. Weiterhin will die Kommission den Interventionskauf auch von Magermilchpulver nach Erreichen der zu einem Fixpreis garantierten Obergrenze von 109.000 Tonnen im Ausschreibungsverfahren fortsetzen. Bisher sind seit Anfang März 54.574 Tonnen Milchpulver in die Intervention gegangen. Eine Milchpreiserholung in der EU wird zunehmend schwieriger, denn immer wenn der Preis hoch will, werden Mengen aus den Lägern auf den Markt gebracht. Der Preisdruck auf den Binnen- und Weltmarkt wird zementiert.



Aktionsbündnis „Stoppt das Milchdumping“ überreicht Bundesministerin Wieczorek-Zeul 18.000 Unterschriften.

Foto: Thomsen

am Bedarf auszurichten. Diese Vorschläge richteten sich im Vorfeld des EU-Agrarrats an Ilse Aigner und Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul.

Während Aigner die Übergabe der Unterschriften durch das Aktionsbündnis am 20. März abgelehnt hatte, nutzte Wieczorek-Zeul den Presetermin für deutliche Worte: „Exportsubventionen verzerren Märkte. Es hat im Januar keinen Beschluss im Bundeskabinett gegeben, der Wiedereinführung der Exportsubventionen zuzustimmen.“ Es war das Landwirtschaftsministerium unter Aigners Federführung, das in Brüssel zugestimmt hat. Wieczorek-

Zeul begrüßte die Aktion der Verbände und die kritische gesellschaftliche Debatte um die Legitimität von Exportsubventionen beantragt, für Butter sogar doppelt so viel, als die EU gewährt hat. Auch wurden weit größere Mengen angenommen, nämlich 14.663 Tonnen Magermilchpulver, 5.257 Tonnen Butter und 787 Tonnen Butteröl als noch zwei Wochen zuvor. Da waren gerade mal 3.020 Tonnen Magermilchpulver, 1.828 Tonnen Butter und 48 Tonnen Butteröl akzeptiert worden. Das australische Amt für Landwirtschaft brachte die Meldung raus, dass die Neuauflage der EU-Exportsubventionen die Lage für die australischen Milchbauern verschlimmert hat, da der

Fazit

Die Agrarpolitik greift, mit Unterstützung von Aigner, auf alte, längst überwunden geglaubte Instrumente wie Exportsubventionen und Intervention zurück. Wenn Aigner also ernsthafte Absichten hätte, die Lage der Milchbauern in Europa und weltweit zu verbessern, dann hieße das, eine sofortige Abkehr von den alten Instrumenten, die die Milchpreise maßgeblich mit zerstören. Erst dann kann sie sich glaubhaft für eine notwendige Mengenreduzierung etwa durch die geforderte Verschiebung der Quotenausdehnung einsetzen und erst dann hat sie auch eine Chance, sich im EU-Agrarrat durchzusetzen.

Berit Thomsen

Neues Altes aus Ruinen im Naturschutzrecht

Nach dem Scheitern des übergreifenden Projektes eines Umweltgesetzbuches wollen Fraktionen im Bundestag noch vor der Sommerpause Neuregelungen im Naturschutz- und Wasserrecht auf den Weg bringen. Die Fronten die gleichen wie auch beim UGB: Die Unionsfraktionen wollen Erleichterungen für die Landwirtschaft, die SPD wirft, so Sprecher Matthias Miersch, der „Agrarlobby“ vor, massiv zu intervenieren, um Verschlechterungen für den Natur- und Umweltschutz durchzudrücken. Zukünftig wird es zunehmend schwieriger werden für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen Flächen aus der Bewirtschaftung zu nehmen. Der FDP geht das noch nicht weit genug, sie fordert nach wie vor die Möglichkeit der finanziellen Kompensation. **cs**

Tierschutz-TÜV kommt

Der sogenannte Tierschutz-TÜV ist nun vom Bundestag mit einer Änderung des Tierschutzgesetzes beschlossen worden. Damit ist der Weg frei für die Einführung eines obligatorischen Prüf- und Zulassungsverfahrens für Stalleinrichtungen. Der Bauernverband zeigte sich enttäuscht. Das Gesetz bildet die Rechtsgrundlage für Durchführungsverordnungen, mit denen die Prüf- und Zulassungsanforderungen für alle serienmäßig hergestellten Haltungseinrichtungen festgelegt werden können. Zunächst sollen ab 2012 Legehennen davon profitieren. Der Tierschutzbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Jahr, bezeichnete den Tierschutz-TÜV als ein gelungenes Beispiel dafür, dass sich die Interessen des Tierschutzes und der Landwirtschaft vereinbaren ließen. Haltungsbedingte Verletzungen von Tieren würden durch den Einsatz von tierartgerechten Ställen von vornherein vermieden. Ob das aber genau am Ende durch den Tierschutz-TÜV gewährleistet wird oder ob das Ganze nach hinten losgeht und sich die Industrie damit für nicht tiergerechte Stalleinrichtungen einen Freibrief erschleicht, hängt stark von der konkreten Ausgestaltung der jeweiligen Durchführungsverordnung ab. **cs**

Linke kritisieren BVVG-Preisgestaltung

In einer Sitzung des Landwirtschaftsausschusses des Bundestages forderte die Abgeordnete der Linken, Kirsten Tackmann: „Bund und Länder müssen die Preisermittlungsverfahren der BVVG für Landpacht- und Kaufverträge überprüfen.“ Auf Initiative der LINKEN hatte sich der Ausschuss mit der Bodenvermarktung der BVVG befasst. Tackmann kritisierte, dass zum Teil von Außenstehenden und nicht-landwirtschaftlichen Interessenten Bodenpreise auf Kosten der ortsansässigen Betriebe in die Höhe getrieben werden. Dies werde von der BVVG auch noch dadurch begünstigt, dass BVVG-Mitarbeiter leistungsbezogene Tantiemen erhielten. Es werde höchste Zeit, dass die Preisentwicklungen an reell ermittelte Bodenrichtwerte gekoppelt würden und nicht allein der Bodenspekulation unterlägen“, so Tackmann. **cs**

Hilse, VION und die CMA-Abgaben

Die VION-Food-Gruppe hat ihren bäuerlichen Schlachtvieh-Lieferanten mitgeteilt, dass VION auf Druck des Deutschen Bauernverbandes (DBV) in der Vergangenheit darauf verzichtet habe, Rechtsmittel gegen die Abgaben-Bescheide zum Absatzfonds (CMA-Abgaben) einzulegen. Die VION Bad Bramstedt GmbH schreibt, dass „insbesondere der Deutsche Bauernverband wiederholt und äußerst eindringlich dazu aufgefordert hatte, den Beitragsbescheiden nicht zu widersprechen“. Mit dem Verzicht auf die Widersprüche hat VION nun jeden Anspruch gegenüber dem Absatzfonds auf Rückzahlung der in den letzten Jahren verfassungswidrig gezahlten Abgaben verwirkt. Mit verantwortlich für den Verzicht auf die Rechtsmittel ist Werner Hilse. Der Vizepräsident des DBV ist sowohl Mitglied im VION-Aufsichtsrat als auch Aufsichtsratsvorsitzender der CMA. Bei VION hat Hilse offensichtlich Druck ausgeübt, dass VION keine Rechtsmittel gegen die Abgaben einlegte. Das aber wäre wichtig gewesen, um sich ein Recht auf Rückforderung der letztlich von den Bauern gezahlten Abgaben zu sichern. In den Briefen kündigt VION nun lediglich an, dass die Abgaben, die von der entsprechenden Stelle (BLE) seit September 2008 gar nicht mehr eingefordert worden sind, aber dennoch auf den Schlachtviehabrechnungen den Bauern vom Schlachtpreis abgezogen worden sind, unaufgefordert zurückgezahlt werden. Um weit mehr Geld geht es aber bei den Abgaben der letzten Jahre, die laut Bundesverfassungsgericht verfassungswidrig erhoben worden sind. **uj**

Kurzes am Rande

BMELV: Erst erhöhen, dann aussteigen

„Diskussionspapier“ betont Liberalisierung und Direktzahlungen

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) hat ein „Diskussionspapier“ zur Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik an andere Berliner Bundesministerien verschickt. Ziel ist es offenbar, die Position der Bundesregierung für die anstehenden Verhandlungen auf EU-Ebene festzuziehen. Das BMELV-Papier zeigt deutlich, in welche Richtung das BMELV die Gemeinsame Agrarpolitik steuern will. Auffällig ist zunächst, dass sich die 19 Seiten fast ausschließlich um das Geld drehen, um die Direktzahlungen der EU und um die Fördermaßnahmen der zweiten Säule.

Milch: Liberalisierung

Zur weiteren Entwicklung von Marktregelungen etwa bei der Milch findet sich keine einzige Überlegung in dem Papier für die Zeit nach 2013. Es wird lediglich referiert, was auf EU-Ebene zum Gesundheitscheck im letzten November beschlossen worden ist. Da heißt es dann, dass da „zentrale deutsche Anliegen berücksichtigt“ worden seien, und genannt wird als erstes „die Einrichtung eines Milchfonds“. Zur Mengenregulierung formuliert das Papier als ein zentrales BMELV-Anliegen:



Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner Foto: Grüne Woche

„eine moderate Milchquotenanhebung mit einer Überprüfung der Marktsituation in den Jahren 2010 und 2012“. Und weiter: „Eine Verlängerung des Quotensystems, welche wiederholt geprüft wurde, ist nicht zu erwarten. Dies haben die Beschlüsse zur Gesundheitsüberprüfung, aber auch die ablehnende Haltung des Bundesrates in seiner Sitzung am 7. November 2008 zu produktionsbegrenzenden Maßnahmen gezeigt.“ Deshalb müssten sich Erzeuger und Molkereien „jetzt auf einen liberalisierten Milchmarkt ab 2015 einstellen“. Als Unterstützung bietet das Papier nur „den Einsatz der zusätzlich modulierten Mittel zur Abfederung des Milchquotenausstiegs“ an, wobei diesen Mitteln das Ziel zugewiesen wird, die „Marktposition (Nr. 1 in der EU) zu behalten und mit qualitativ hochwertigen Milcherzeugnissen gegenüber der Konkurrenz wettbewerbsfähig zu

bleiben“. Mit diesen Aussagen widerspricht das Papier dem Versuch von Ministerin Aigner vor dem jüngsten EU-Agrarrat, die bevorstehenden Quotenerhöhungen im Rat erneut zu diskutieren und letztlich zu verschieben, solange das Marktgleichgewicht nicht wieder hergestellt ist. Wie ernst solche Versuche gemeint sind, wenn das eigene Ministerium nach außen die Brüsseler Beschlüsse vom November voll und ganz als eigene „zentrale Anliegen“ beschreibt, bleibt daher fraglich.

Direktzahlungen: Verteidigung

Hauptanliegen des BMELV-Papiers ist es, die Bundesregierung auf die Verteidigung möglichst hoher Direktzahlungen in einer weiterhin von der 2. Säule getrennten Säule zu verpflichten. Das BMELV sieht zwar die Notwendigkeit, agrarpolitische Instrumente weiterzuentwickeln, aber Entwicklungsbedarf sieht es eher bei der zweiten Säule. Die Direktzahlungen der ersten Säule „sollen ... als flächenbezogene Grundvergütung (pauschale Vergütung) so hoch wie möglich erhalten werden“, so das Papier. Dabei geht es dem BMELV offenbar nicht nur um die Gesamtsumme, die an Direktzahlungen nach Deutschland geht; das Ministerium will auch verhindern, dass die Direktzahlungen irgendwie differenziert werden – sie sollen pauschal je Hektar gezahlt werden, egal, was auf den Flächen passiert. Als Begründung für die Direktzahlungen an sich werden zwar „berechenbare Leistungen der Landwirtschaft für die Allgemeinheit sowie im internationalen Vergleich höhere Anforderungen an die Landwirtschaft (Produktionsstandards)“ genannt. Aber eine Differenzierung nach dem Umfang dieser Leistungen, die die verschiedenen Betriebe für die Allgemeinheit leisten, oder nach Umfang der Auflagen, die sie berücksichtigen müssen, lehnt das BMELV ab. Ob ein Betrieb im eher benachteiligten Gebiet oder in der Börde wirtschaftet, ob er überhaupt Tiere hält oder nicht, ob er also überhaupt Tierschutzstandards einhalten muss oder nicht, all das soll bei den Direktzahlungen unberücksichtigt bleiben.

In der zweiten Säule betont das BMELV-Papier vor allem die „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe“, insbesondere die Investitionsförderung. Die müssten „in dem Maße an Bedeutung gewinnen, wie die Markt- und Einkommenspolitik auf Liberalisierung und Stützungsabbau setzt“.

Über das BMELV-Papier haben die ersten Gespräche mit anderen Berliner Ministerien Mitte März bereits stattgefunden. Wie zu hören ist, hat das BMELV dabei nicht gerade viel Zustimmung erfahren. Es bleibt daher fraglich, ob die Berliner Koalition sich überhaupt auf eine gemeinsame Linie einigen wird.

Transparenz: Gerechtigkeit nicht Neid

Der DBV macht gegen die Offenlegung der Agrarzahungen mobil

Bei der Offenlegung der Agrarzahungen geht es darum, die großen Subventionsabzieher zu demaskieren und für Umverteilungen zu kämpfen. 40 Mrd. verteilt die EU jährlich an Agrarsubventionen, aber bäuerliche Betriebe gehören nicht zu denen, die hier richtig abschöpfen. In Deutschland bekommen 70 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe Zahlungen bis zu 10.000 Euro. Zu Recht fragen sich immer mehr Bäuerinnen und Bauern, wer die großen Kuchenstücke abbekommt. In der „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“ kämpfen mehr als 30 Organisationen, auch die AbL, für die Offenlegung der Subventionsempfänger, um auf den ungerechten Umgang mit Steuergeldern aufmerksam zu machen. EU-weit wurde – trotz Widerstand aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium – eine Offenlegung der Subventionsempfänger beschlossen, die nun die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Er-

nährung (BLE) auf einer Internetseite umsetzt. Dagegen hatte ein landwirtschaftlicher Betrieb mit Unterstützung des Bauernverbandes, der sich von Anfang an gegen die Offenlegung der Agrarzahlungsempfänger engagiert hat, geklagt. Das zuständige Verwaltungsgericht Wiesbaden hat Anfang März den Beschluss gefasst, aufgrund bestimmter datenschutzrechtlicher Fragezeichen, die es sieht, die Angelegenheit an den Europäischen Gerichtshof weiterzureichen. Grund genug für die Transparenzgegner, allen voran der Bauernverband, nun das sofortige Ende der Veröffentlichung der Subventionsempfänger auf der Internetseite www.agrar-fischerzahlungen.de zu fordern. Auch Politiker der CDU/CSU wie Agrarsprecher Peter Bleser oder Marlene Mortler stimmen in den Chor derer ein, die die Entstehung einer Neiddebatte propagieren und vermeindlich im Sinne des Datenschutzes eine neuerliche Empfängeranonymität wollen.

Der Bauernverband bietet Musterschreiben an, mit denen man sich an die zuständigen Stellen in den Länderministerien wenden kann, um dort seinen Protest kund zu tun. Dass es der Transparenzinitiative darum geht, die Ungerechtigkeit der Agrarzahungen offen zu legen und die Wenigen aus der geschützten Dunkelheit zu holen, die auf Kosten ganz Vieler eine Menge Geld abziehen, ohne bäuerlich zu arbeiten, erwähnt der Bauernverband nicht. Mit seinem Verhalten versucht er wieder einmal, die Basis gegen etwas zu mobilisieren, was für die großen industriellen Betriebe von Nachteil wäre. Damit will er auch den zweiten Schritt der Transparenzinitiative, die gerechte Umverteilung der Agrarsubventionen, verhindern.

CS

Weitere Infos: www.wer-profitiert.de

Putenmast mit Schmerzmitteln

Hochleistungsrassen leiden ein Leben lang

Der Einsatz von Schmerzmitteln in der agrarindustriellen Putenmast, so der NDR, geht einher mit der einseitigen Zucht auf massive Tageszunahmen und der Haltung der Tiere auf engstem Raum. Sabine Petermann vom niedersächsischen Landesamt für Verbraucherschutz (LAVES): „Ein Putenhahn muss in weniger als einem halben Jahr von 50 Gramm auf 20 Kilo kommen. Das ist quasi eine Vervierhundertfachung des Schlupfgewichts.“ Nur selten können Skelett und Herz-Kreislaufsystem mithalten. Ursprünglich machte die Putenbrust bei einem Tier 25 Prozent des Gewichts aus. Dank modernster Zuchtmethoden besteht die Mast-Pute heute zu



Auch Ökoputen sind auf Leistung gezüchtet.

etwa 40 Prozent aus Brustfleisch. Laut dem ehemaligen Veterinärämtesleiter in der Region Weser-Ems, Hermann Focke, können sich die Puten schon Wochen vor dem Schlachtermin kaum noch bewegen: „Sie stehen nur eine geringe Zeit, nachher liegen die Tiere. Häufig in

feuchter Einstreu. Sie vegetieren nur noch dahin.“ Die Folge: Die Puten haben wegen der engen Haltung starke Schmerzen. Um die zu lindern, verordnet ein Tierarzt Schmerzmittel. Das bestätigt Peter Wesjohann, Juniorchef der PHW-Gruppe („Wiesenhof“) im nie-

sächsischen Rechterfeld: „Schmerzmittel zur Prophylaxe kommen nicht vor. Wenn eine Krankheit da ist, dann ja. Das ist so, als wenn Sie Kopfschmerzen haben – dann nehmen Sie auch Schmerzmittel.“ Weil viele Schmerzmittel für Puten nicht zugelassen sind, werden Präparate ver-

wendet, die z.B. nur für Schweine und Rinder zugelassen sind – etwa Solacyl (Werbefloslogan: „Quickfidel mit Solacyl“). Man muss dann nur die Wartezeit vor dem Schlachtermin verlängern, in der man das Mittel nicht mehr verabreicht. Gerade in dieser Phase haben die überschweren Puten mit ihren schwachen Beinen aber die größten Schmerzen. Eine unhaltbare Situation, so Veterinär Focke: „Zumindest die volle Intensität der Schmerzhafteit und des Leidens ist dann zumindest die letzten zwei bis drei Wochen vor der Schlachtung gegeben. Von allen anderen Dingen, wie Stress aufgrund der Tierdichte, mal ganz abgesehen.“ Laut einer Studie der Uni Leipzig hatten fast 100 Prozent der untersuchten Puten tiefe Hautverletzungen an den Füßen. Focke: „In keiner anderen Nutztierhaltung ist die Aufzucht und die Mast der Tiere mit derartigen Schmerzen und langandauernden Leiden verbunden wie gerade die Putenmast.“

Foto: © BLE Stephan

en

Lichtblick-Schatten beseitigt

In der letzten Ausgabe berichteten wir über die Pläne des Ökostrom-Anbieters „Lichtblick“, Biogas auch aus der Gülle aus einer agrarindustriellen Schweineanlage des berüchtigten Agrarfabrikanten Straathof zu vertreiben. Mittlerweile hat „Lichtblick“ diese Pläne aufgegeben. en

Regierungs- und Bürgernasen

In der Nachbarschaft von Schloss Meseberg, dem Gästehaus der Bundesregierung, will eine Agrar-genossenschaft die Schweineproduktion in einer 2.000er-Anlage wieder aufnehmen. Wegen des zu erwartenden Gestanks und der „Unzumutbarkeit für Staatsgäste“ haben die Brandenburger Behörden bereits interveniert, obwohl die Groß-Schweinehaltung nach den derzeitigen Gesetzen zulässig ist. Ob dieser Vorfall den Agrarpolitikern vielleicht Anlass gibt, über den unzureichenden Schutz benachbarter Bürger und Bauern gegenüber Riesen-Mastanlagen nachzudenken? Denn was den Nasen der Regierenden recht ist, müsste eigentlich auch für Bürgernasen billig sein. en

Leserbrief

Ein bisschen böse Kritik an der Milchtagung 2009 von ABL, Uni Kassel und KLJB am 02.03.09 in Hardehausen. Von Dr. Reinhard Müller, prakt. Tierarzt in Schlüchtern, als Referent zu der Veranstaltung eingeladen

Ich habe mich in der Tat nach dieser o.g. Veranstaltung sehr geärgert, genaugenommen bin ich immer noch etwas fassungslos und entsetzt. Deshalb kann und will ich den Inhalt nicht unkommentiert lassen:

Ich war gebeten worden, einen Vortrag über Blauzungenkrankheit (BT) und die Problematik der Zwangsimpfung zu halten. Schon die Wortwahl hätte mich stutzig machen sollen, ich selbst spreche lieber von einer Pflichtimpfung! Schon bei der Vorbesprechung habe ich deutlich gesagt, dass ich in meiner Praxis im Herbst 2007 sehr heftig BT erlebt habe und daher ein großer Verfechter der Impfung bin. Woraufhin mir Ulrich Jasper (ABL) sagte, wenn das so sei, dann müsse er sich noch um einen Co-Referenten bemühen, der die Gegenposition vertritt. Versprach mir aber eine „faire Diskussion“.

Es ging um Blauzungenkrankheit, und allem Ärger zum Trotz liegt uns Tierärzten natürlich auch die Tiergesundheit am Herzen, deshalb wünsche ich keinem der Wortführer der Milchtagung die BT so an den Hals, wie ich sie in meiner Praxis erlebt habe! Sonst würde sich jede Diskussion über Impfung von allein erledigen. Bezeichnenderweise kommt auch der größte Teil der Impfgegner aus Gegenden (Bayern), die bisher von BT weitgehend verschont geblieben sind. Auch deswegen, weil wir in Hessen 2008 so fleißig und rechtzeitig geimpft haben und den Bayern eine BT-Barriere gelegt haben.

Wenn aber BT nur besiegt werden kann (laut Epidemiologen), wenn 80 % der empfänglichen Tiere geimpft werden, dann geht das nur mit einer Impfpflicht für alle impffähigen Nutztiere, die restlichen 20 % sind Wildwiederkäuer. Dann ist hier die Solidarität der Wiederkäuerhalter gefragt. Dann darf sich Keiner ausklinken. Und dann hilft auch keine Verschwörungstheorie, nicht böse Haustierärzte oder Veterinärämter sind schuld, dann müssen die viehhaltenden Bauern sagen: Wir machen das, gut, dass es einen Impfstoff gibt, wir tilgen das Virus, das in Mitteleuropa nichts verloren hat, aber manche Rinder- und Schafhalter an die Grenze des Ruins treibt.

Gegen Impfungen zu sein ist z.Zt. chic! Voll im Trend, und doch ein riesiger Blödsinn. Auch aus naturheilkundlicher Sicht. Dem Organismus schon vorher sagen zu können: Da kommt was auf dich zu, bilde Antikörper, damit es dich nicht umhaut, das ist eine der größten Errungenschaften der Medizin, wenn nicht unserer moder-

nen Zivilisation. Grundsätzlich gegen jede Impfung zu sein und hinter jeder neuen Krankheit eine Verschwörung der Pharmaindustrie zu vermuten, das ist niederes Stammtisch-Niveau und hat mit kritischer politischer Positionierung nichts zu tun! Hier hat sich die ABL im Zusammenhang mit BT auf einen gefährlichen Irrweg eingelassen, und BIOLAND ist gerade dabei zu folgen.

Zurück zur Milchtagung: Nachdem sich der erste Ärger gelegt hat, habe ich mich natürlich gefragt, warum haben die Impfgegner bei der Tagung von so vielen Nebenwirkungen der Impfung erzählt, was überhaupt nicht im Einklang mit den Beobachtungen in meiner Praxis steht.

Wir haben in meiner Praxis so schnell wie möglich versucht, alle Tiere unter Impfschutz zu stellen. Die Devise war: Endlich gibt es den Impfstoff, wenn er auch noch nicht fertig geprüft ist, schlimmer als im Vorjahr die BT kann es kaum werden, also versuchen wir, vor der (voraussichtlichen) Blauzungen-saison Ende August alle Tiere geimpft zu haben. Ende Juli waren wir fertig, worauf ich zugegeben noch immer etwas stolz bin.

Wir hatten so gut wie keine Nebenwirkungen! Die aufgetretenen Nebenwirkungen in meiner Praxis habe ich bei der Milchtagung 2009 in Hardehausen offengelegt: 1 Yak-Kalb ist nach der 2. Impfung gestorben (die Mutter war im Vorjahr nach der Geburt an BT gestorben), in einigen Herden hatten die Tiere 2 Tage nach der Impfung tränende Augen, geschwollene Lider, etwas klammen Gang, ist ohne Behandlung verschwunden. Keine Aborte, keine Metritiden, kein messbarer Rückgang der Milchleistung, kein auffälliger Anstieg der Zellzahlen.

Die Bauern, die bei der Milchtagung von massiven Nebenwirkungen berichtet haben (in jedem Stall mehr als in meiner ganzen Praxis), haben die Impfung bis auf den spätest möglichen Termin geschoben, sich letztendlich dem massiven Druck der Veterinärbehörden (die für Tierseuchenbekämpfung zuständig sind) gebeugt. In diesen Betrieben wurde zu einem Zeitpunkt geimpft, zu dem bei uns im Vorjahr das

Blauzungenvirus die verheerendsten Schäden verursacht hat. Und auch 2008 in NRW und Niedersachsen in ungeimpften Betrieben die meisten Neuausbrüche gemeldet wurden.

Haben sie vielleicht zu spät und in eine schon durchlaufende Infektion hineingeimpft? Das würde natürlich die massiven „Nebenwirkungen“ erklären. Wenn ich in eine bestehende Infektion hineimpfe, bekomme ich fast immer einen besonders heftigen Ausbruch der Infektion. Dies wäre eine viel näherliegende Erklärung der unterschiedlichen Realitäten als jede Verschwörungstheorie, allerdings



auch eine, die – wenn man sie akzeptieren würde – viel Selbstkritik erforderte!

Ich glaube, was ich sehe. Und ich sehe auch bei der längst angelaufenen BT-Impfaktion 2009 erstaunlich wenige Nebenwirkungen (d.h. bis heute keine). Und ich sehe glücklicherweise keine BT-Erkrankungen mehr. In Respekt vor dem Mitveranstalter KLJB: das Wetter (und wer sonst noch) schütze uns vor BTV 1 und BTV 6! Und ganz am Rande: Ich habe ein sehr enges Vertrauensverhältnis mit den von mir betreuten Bauern, wenn das nicht so wäre, würde ich längst mein Geld auf leichtere Weise als in der Landwirtschaft verdienen!

Mit besten Grüßen

Dr. Reinhard Müller

Aus Platzgründen konnte der Beitrag nicht in seiner vollen Länge abgedruckt werden.

Interesse fehlt

Die Forderung der ABL nach einem Expertengespräch mit Wissenschaftlern und Betroffenen zu den Erfahrungen mit und nach der Blauzungenimpfung lehnte das Bundeslandwirtschaftsministerium ab. Zur Begründung führte Staatssekretär Lindemann die seiner Meinung nach durchweg positiven Erfahrungen mit der Impfung an. Offiziell, so der Behördenvertreter, seien deutlich weniger Komplikationen gemeldet worden als bei anderen Impfungen. Auch sei der Impfstoff in Anbetracht der kurzen Zeit ausreichend getestet worden.

Immer mehr Bäuerinnen und Bauern berichten allerdings von zum Teil erheblichen Schwierigkeiten mit der Tiergesundheit in den Tagen, Wochen und Monaten nach der Impfung. Anerkennung des Schadens durch die Tierseuchenkasse oder die Veterinärämter: Fehlanzeige. Von der Möglichkeit, Auffälligkeiten unverbindlich an das Paul-Ehrlich-Institut zu melden, machen nach der Aussage von Landwirten die wenigsten Tierärzte Gebrauch.

mn

Warum Bauern sich weigern zu impfen

Erfahrungsberichte zur Blauzungenimpfung bei Milchvieh

Kontrovers wird sie diskutiert: die Impfung gegen die Krankheit „Blauzunge“ bei Wiederkäuern. Seit dem Frühjahr 2007 gibt es in Deutschland eine Impfpflicht. Für die Einen ist die Impfung ein Segen, für die Anderen ein Fluch. Inzwischen gibt es auf den Betrieben vielfältige Erfahrungen. Immer wieder kommt es zu Gesundheitsproblemen bis zu Todesfällen, bei denen ein Zusammenhang mit der Impfung von den Tierhaltern nicht ausgeschlossen wird. Die *unabhängige Bauernstimme* hat mit einigen Betrieben gesprochen und die Bauern gebeten, über

Bis Ende Oktober verloren vier weitere Kühe ihre Kälber. Sie alle wurden nicht entschädigt, weil die Impfung länger als 14 Tage zurück lag. Zwei Kühe hatten kurz nach der Impfung ihre Frucht abgestoßen. „Die Kühe, die verkalbt haben, leiden unter Gebärmutterentzündung und sind nicht mehr deckfähig.“ Vier von ihnen hat Schomburg schlachten lassen. Schomburg geht davon aus, dass es auf seinem Betrieb im Jahr 2007 schon eine Infektion mit Blauzunge gegeben hat. Das zeigte das positive Ergebnis der Blutprobe eines Rindes. Die für die Krankheit ty-

Der Biolandbauer Kurt Ohrndolf aus Nordrhein-Westfalen nahe Siegen hält seine 80 Kühe mit Nachzucht im Laufstall, mit Weidegang von Mai bis Oktober. Die Kühe sind sehr zutraulich, daher war die Impfung auf der Weide im Juni und Juli 2008 stressfrei, erinnert sich Ohrndolf. „Wir mussten die Tiere noch nicht mal einfangen.“ Vier seiner Kühe haben nach der Impfung im frühen Stadium verkalbt. Dieses Jahr hat der Bauer seine Tiere schon am 20. Januar impfen lassen. Etwa zwei Wochen nach der Impfung bekamen zwei Jungkühe, nach nicht unkomplizierten Kalbungen, Gebärmutterentzündungen. Trotz intensiver Behandlung starb eine und die andere musste geschlachtet werden. Von offizieller Seite wurde, trotz Untersuchung, keine Verbindung zur Impfung hergestellt. Weitere sechs Kühe litten an Euterentzündungen. Zehn bis fünfzehn Kühe lahmten und zeigten Symptome der Blauzungenkrankheit wie Verfärbungen am Euter oder Entzündungen am Klauensaum. Ohrndolf möchte nicht mehr impfen, aber: „Das Veterinäramt hat uns gesagt, wenn wir nicht impfen, kommen solange Bußgeldbescheide, bis geimpft wird.“

Sein Hoftierarzt Dr. Axel Wessling will die Vorfälle dem Paul Ehrlich Institut melden. Er geht davon aus, dass die Tiere auf dem Betrieb von Ohrndolf nach der Blauzungenimpfung stärker krank waren, als das normalerweise der Fall ist. Für ihn ist die Behauptung, in Folge der Impfung komme es vermehrt zu Problemen, dennoch schwierig. „Sonst höre ich immer nur Gerüchte von anderen Bauern.“ Die könne er natürlich nicht melden.

Kälberverluste

Rüdiger Maschke bewirtschaftet einen Milchviehbetrieb im Kreis Hameln in Niedersachsen. Seine 35 Milchkühe wurden im Mai und Juni 2008 gegen das Blauzungenvirus geimpft.

Die Impfung sei relativ ruhig verlaufen. Seine Milchkühe stehen fast ganzjährig im Boxenlaufstall mit gelegentlichem Zugang zu einer Bewegungsweide. Rinder und Trockensteher sind bis zum Herbst auf der Weide. Nach der Impfung stellte Maschke einen Anstieg der Zellzahl fest. Auch die Milchleistung ging zurück. Im September hatte eine Kuh ein totes Kalb geboren. Bei vier Tieren kam es zu Frühgeburten. Die Kälber waren zum Teil nur 30 cm groß. Keines der Kälber war lebensfähig. „Normalerweise habe ich Kälberverluste von rund 2 Prozent“, sagt Maschke. Zwei seiner Rinder und drei Kühe haben nicht gekalbt, obwohl sie trächtig waren. Wie viele andere Bauern, möchte Maschke seine Tiere nicht mehr impfen lassen.

Meldung erwünscht

Die Pflichtimpfung gegen den Blauzungenvirus wird von immer mehr Landwirten als Bedrohung wahrgenommen. Vor allem die steigende Zahl von Berichten über Komplikationen im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung sorgen für Verunsicherung. Die Betroffenen berichten häufig von einer abweisenden Haltung bei Tierärzten und Veterinärämtern, die einen Zusammenhang mit der Impfung schlicht ablehnen. Für betroffene Landwirte gibt es dennoch Möglichkeiten, ihre Beobachtungen an offizieller und privater Stelle zu melden:

- Auf den Seiten des Paul-Ehrlich-Instituts: www.pei.de unter: Tierärzte; Pharmakovigilanz; Meldeformulare; Online-meldung für Tierärzte (kann auch von Nichttierärzten genutzt werden)
- Auf der Seite der Interessengemeinschaft gesunde Tiere: www.ig-gesunde-tiere.de/erhebung.html
- Die Tierheilpraktikerin Frau Gnadl sammelt ebenfalls Auffälligkeiten: e-mail: gela.lamminger@t-online.de, www.nutztierhomoeopathie.de



Viele Rinder wurden auf der Weide infiziert.

Foto: zwergdesign_pixelio

ihre Erfahrungen mit der Impfung zu berichten.

Der Betrieb von Hartwig Schomburg liegt in Niedersachsen nahe der Grenze zu Nordrhein-Westfalen. Er hat seine 35 Milchkühe und etwa 55 Jungrinder zum ersten Mal im Juni 2008 gegen Blauzunge impfen lassen. Das sei ohne viel Stress für die Kühe verlaufen. „Geimpft haben wir nach dem Melken im Melkstand auf der Weide“, erinnert sich Schomburg. In den folgenden Wochen haben insgesamt sechs Kühe ihre Kälber verloren. Die Erste, drei bis vier Tage nach der Impfung. Schomburg hat das tote Kalb nicht untersuchen lassen, da er die Verkalbung nicht auf die Impfung zurückführte. Vier Tage nach der zweiten Impfung im Juli verkalbte erneut eine Kuh. Diesmal ließ er eine Gewebeprobe untersuchen und bekam 205 Euro Schadensersatz von der Tierseuchenkasse.

istischen Symptome hat er damals bei seinen Tieren nicht feststellen können.

Keine Schäden

Nur etwa drei Kilometer entfernt hat Bernd Meyer aus Glesse ganz andere Erfahrungen auf seinem Betrieb gemacht. Er konnte bei seinen Tieren keine Auffälligkeiten nach der Impfung gegen die Blauzunge feststellen. Im Juni und Juli 2008 hat Meyer seine 140 Milchkühe im Stall gegen das Virus impfen lassen. Er hält sie im Boxenlaufstall, im Sommer mit Weidegang. Die 270 Jungrinder wurden auf der Weide eingefangen und geimpft. „Die Impfung verlief verhältnismäßig ruhig, bis auf eine Truppe, die etwas wild war“, erinnert sich Meyer. Im Jahr zuvor war ein zwölf Monate altes Rind an der Blauzungenkrankheit verendet. Meyer möchte wieder impfen.

mb

Bio in der Gastronomie

6. Wintertagung des Agrarbündnisses: Über 100 Bio-Gastronomen sowie Bio-Bauern, -Vermarkter und -Verarbeiter trafen sich Mitte März in Güstrow, um sich über die aktuellen Trends und Chancen von Bio-Lebensmitteln in der Gastronomie zu informieren, die Änderungen bei der Bio-Zertifizierung und -Kontrolle nach der neuen EG-Öko-Verordnung zu erfahren und die Möglichkeiten der Bio-Umstellungsberatung und -Schulung für Gastronomen kennen zu lernen, aber auch um Erfahrungen auszutauschen und neue Geschäftspartner zu finden. Bio in der Außer-Haus-Verpflegung besitzt ein großes Entwicklungspotential in Mecklenburg-Vorpommern, denn die Verwendung von ökologischen Lebensmitteln in der Gastronomie ist ein sinnvoller Beitrag bei der Profilierung als Gesundheits- und Tourismusland. Trotz der gestiegenen Nachfrage nach regionalen Bio-Produkten ließen sich erst 55 Restaurants, Hotels, Cafés oder Caterer bio-zertifizieren. Hauptgrund dafür ist die mangelnde Verfügbarkeit ökologischer Zutaten sowie unflexible Lieferbedingungen und deren höhere Kosten. Es fehlen kleine und mittlere Bio-Betriebe im Land, die den Ansprüchen der Bio-Gastronomen entsprechend ökologisch erzeugen und liefern können. Als finanziellen Anreiz zur Umstellung fordert das Agrarbündnis eine deutliche Erhöhung der Umstellungsprämie auf 250 €/ha für Acker- und Grünland sowie einen finanziellen Ausgleich für erforderliche Investitionen in die ökologische Nutztierhaltung.

Dr. Burkhard Roloff (BUND)

Infos: www.bund-mv.de/startseite/themen_und_projekte/landwirtschaft

Hoeness-Träume

Uli Hoeness, Bayern-Manager und Wurstfabrikant, hat in einem SPIEGEL-Interview von seinem Traum berichtet, Bauer zu sein. Da kann er sich der Sympathie aller Bauern, auch der Bayern-Hasser, sicher sein. Nicht aber hinsichtlich seiner Pläne, die Übertragung der Bundesliga-Spiele durch eine GEZ-Sonder-Zwangsabgabe zu finanzieren – das ähnelt doch allzu sehr der abgeschafften CMA-Abgabe. en

Verzicht auf Ferkelkastration wird salonfähig

Experten haben auf einem Workshop der Qualität und Sicherheit GmbH (QS) sowie der Deutschen Gesellschaft für Züchtungskunde (DGfZ) bekundet, dass der Verzicht auf die Ferkelkastration das gemeinsame Ziel von Schweinezüchtern und -haltern sowie Wissenschaftlern und Schlachtunternehmen sei. Der Forschungsbedarf sei hoch und die Abstimmungsnotwendigkeit akut, so das Resümee der Referenten. Referatsleiterin Dr. Katharina Kluge vom Bundeslandwirtschaftsministerium stellte in Aussicht, dass das Ministerium erste Forschungsprojekte im Rahmen einer Innovationsförderung aktiv begleiten werde. Unterdessen laufen die Praxiserfahrungen bei NEULAND mit der Kastration unter Betäubung mit Isofluran nach wie vor positiv. cs

Käfig-Rückzugsgefechte

Der niedersächsische „Landvolk“-Landesbauernverband gibt offenbar unter dem Druck von Tierschutz, Verbrauchern und Handel seine jahrelange Propagierung der Käfighaltung auf. Die Bodenhaltung werde vermutlich die Käfighaltung ablösen, sie werde als tierfreundlicher angesehen, so das Landvolk missmutig in einer Pressemitteilung. Die darin immer noch enthaltenen beschönigenden Worte zur Kleingruppen-Käfighaltung und die bedenklichen Worte gegen die Freilandhaltung sind offensichtlich nur als verbittertes Rückzugsgefecht zu werten – zumal im „Kleingruppenkäfig“ nur noch 2,7 % der Hennen gehalten werden und bereits 40 % der Käfighalter aufhörten. Im Käfig leben allerdings immer noch 62 % aller Hennen (bezogen auf 32 Millionen Hennen oberhalb von 3.000 Plätzen). Laut Statistischem Bundesamt leben derzeit 22 % der Hennen in der Bodenhaltung, bereits 11 % in der Freilandhaltung und 5 % in der Ökohaltung. In der vorwiegend bäuerlichen Größenklasse bis zu 30.000 Hennen pro Betrieb gibt es nur noch 13 % Käfighaltung, dagegen aber 51 % Öko-Erzeugung. Der Agrarindustrie-Experte Hans-Wilhelm Windhorst vom ISPA-Institut Vechta warnt indes vor einer „dramatischen Unterversorgung bei Eiern“ und verweist darauf, dass dem deutschen Bedarf von 17 Millionen Eiern lediglich 13 Millionen heimisch produzierte Eier gegenüber stünden. Das scheinen aber bloße Käfighaltungs-Schlachtrufe zu sein, denn die ZMP meldet für 2008 eine Eierzeugung in gleicher Höhe wie 2007. en

Kurzes am Rande

Sonnenenergie, Humusaufbau, Umstellung der Düngung und Biogas

Prof. Graßl bei der AbL Niedersachsen zu Klimawandel und Landwirtschaft

Die Klimakrise kann bei entsprechenden Anreizen und ordnungsrechtlichen Vorgaben die „Hefe sein für den Aufbau neuer Energiesysteme“ – so Professor Hartmut Graßl vom Hamburger Max-Planck-Institut für Meteorologie bei der Jahrestagung der AbL Niedersachsen in Verden. Die Zukunft liege in Deutschland eindeutig bei der Sonnenenergie auf bäuerlichen Dächern (nicht auf Ackerland) und weltweit bei solarthermischen Kraftwerken. Biomasse-Energie könne einen kleinen Beitrag liefern – aber nur, wenn Gas auf Basis von Resteverwertung erzeugt werde mit höchstmöglicher Verwertung, Wärmenutzung und Rückführung aller Nährstoffe auf den Acker. Die Landwirtschaft trage zum Treibhauseffekt erheblich bei – werde aber im Kyoto-Protokoll nicht behandelt, weil der Bereich der Nahrungserzeugung und die Möglichkeiten der Reduzierung weitaus komplizierter und unsicherer zu beurteilen und zu regeln seien.

eroben Bedingungen). Graßl nannte als möglichen Beitrag der Landwirtschaft die CO²-Bindung durch Humusaufbau, vor allem durch Biolandwirtschaft in den Entwicklungsländern.

Die Szenarien des Temperaturanstiegs in den nächsten Jahrzehnten differieren je nach zukünftig weltweitem Einfluss der „Wissensgesellschaft“. Diese Modelle berücksichtigen allerdings mögliche Rückkoppelungs-Effekte nicht, z.B. durch den Zusammenbruch von nicht umweltverträglichen Wirtschaftssystemen. Generell führt der Klimawandel weltweit zur Steigerung der Ungerechtigkeit (u.a. bei der Niederschlagsverteilung): Für Deutschland prophezeite Graßl hinsichtlich der sommerlichen Niederschläge einen Rückgang um 10 % (im Westen und Südwesten bis 30 %) mit heftigen Regenereignissen und Trockenheitsproblemen für die derzeit noch vorherrschenden Waldbaumarten. Nachpflanzungen seien schon jetzt nötig.



Der neue Vorstand (v.L.): Andi Backfisch, (Bernd Voss), Martin Schulz, Jürgen Rademacher, Gernot von Beesten
Foto: Wendt

Die Zerstörung des Kohlenstoff-Kreislaufs liegt laut Graßl an der Verwendung fossiler Brennstoffe und der „Deforestation“ (Entwaldung, Düngung, tiefes Pflügen) und verringerte CO²-Aufnahme durch die Ozeane. Die weltweiten Hauptemittenten von CO² (in Gigatonnen C) sind demnach Kraftwerke (2,8), Verkehr (1,75), Gebäude (1,0), Industrie (2,5) sowie Land- und Forstwirtschaft (0,9). Im Fall der Landwirtschaft kämen allerdings noch 4 Gigatonnen C-Äquivalente aus Methan (vor allem aus der Rindviehhaltung) hinzu und 1,8 Gigatonnen-Äquivalente durch Distickstoffoxid (Lachgas aus dem Stickstoffdünger- und Gülle-Abbau unter ana-

Die Diskussionen bei der anschließenden AbL-MV zielten auf den Ausbau gentechnikfreier Regionen, die Zusammenarbeit mit dem BDM, Aktionen gegen den Blaulagen-Impfzwang, die künftige Grünlandprämie, die Teilnahme an der Regierungskommission Klimaschutz und den Widerstand gegen die zunehmenden Agrarfabriken in Niedersachsen. Der neue Landesvorstand besteht aus Martin Schulz, Elisabeth Beckmann, Andreas Backfisch, Gernot von Beesten und Jürgen Rademacher.

en

Betriebsspiegel

Ökologischer oder umzustellender Hof mit ausreichend Wohnraum ab 50 ha (Acker und Grünland) Vorhandener Gemüsebau und Rinderhaltung sind von Vorteil Potential zur Direktvermarktung Kontakt über den Abl-Verlag

Wir nennen uns „die Hofgruppe“. Manche nennen uns auch „Die 8“. Die Zahl 4 passt auch, denn wir sind vier junge Familien, die zusammen ein gemeinsames Lebensprojekt in der Landwirtschaft aufbauen wollen. Sieben von uns (Aaron, Kristine, Stefan, Eva, Manu, Suse und Kerstin) haben einst in Witzenhausen ökologische Landwirtschaft studiert. Christine ist die Achte im Bunde und bereichert uns zum Glück mit ihrer sozialen Ader. Ebenfalls eine Bereicherung sind unsere Hofgruppen-Kinder, die immer mehr werden. Zur Zeit sind es vier, wenn dieser Artikel erscheint wahrscheinlich schon fünf. Begonnen hat unsere gemeinsame Geschichte im Januar 2007. Seitdem haben wir uns in regelmäßigen Treffen intensiv ausgetauscht und uns immer mehr als Gruppe gefunden. Was heißt „Gruppe“? Für Kerstin fühlt es sich mittlerweile an, wie ihre „Wahlfamilie“, die sie nicht mehr missen möchte. Gemeinsames Ideal hinter unserem Projekt ist in erster Linie ein achtsamer, sozialer und nachhaltiger Umgang miteinander und mit unseren Lebensgrundlagen (Ressourcen, Boden, Tiere, etc.). Innerhalb unserer Gruppe ist uns eine regelmäßige Auseinandersetzung jedes Einzelnen mit sich selbst

und seinem Gegenüber wichtig. Ganz konkret ist es unser gemeinsamer Traum, bald zusammen auf einem vielseitigen, biologisch bewirtschafteten Landwirtschaftsbetrieb zu leben und großteils auch zu arbeiten. Im landwirtschaftlichen Bereich stellen wir uns einen Gemischtbetrieb mit Tierhaltung (Milchkühe, Schweine, Geflügel), Acker- und Gemüsebau vor. Möglichst viele der hofeigenen Produkte wollen wir selbst verarbeiten (Hofkäserei, -bäckerei) und direkt vermarkten. Darüber hinaus wünschen wir uns in unserem Projekt ein intensives kulturelles (Feste, Konzerte, Lesungen) und soziales Leben (Schulklassen, Kindergärten, alte Menschen auf dem Hof). In einem Seminar- und Begegnungshaus auf dem Hof möchten Christine und

Kerstin eigene Seminare anbieten und anderen Referenten und Gruppen die entsprechenden Räume zur Verfügung stellen. Ein kleines, von Manu ins Leben gerufenes Restaurant oder ein Hofcafé kann möglichst viele hofeigene Produkte verarbeiten und anbieten. Vielleicht werden wir zu Beginn nicht all diese Ideen umsetzen können. Was wir davon tatsächlich in unserem Hofprojekt realisieren, hängt natürlich von den Gegebenheiten des Hofes und der Region ab. Wahrscheinlich werden wir erstmal klein anfangen und dann nach und nach weitere Betriebszweige und Projekte aufbauen.

Unser Wunsch nach einem gemeinschaftlichen Leben wird sich ganz praktisch in einer gemeinsamen Ökonomie ausdrü-

cken. Das heißt, all unser erwirtschaftetes Geld kommt in einen Topf, aus dem dann alle leben. Auch dann, wenn Aaron und Suse meist mehr füttern als die Anderen und Eva mehr Geld für Klamotten ausgibt als Stefan. Uns begeistert an dem Gemeinschaftsprojekt, dass das Ganze mehr ist als die Summe der einzelnen Teile. Wir alle sind ganz unterschiedlich: Aaron ist unser Mann für Struktur und Verbindlichkeit. Christine dagegen sieht die Sachen aufgrund der „Gelassenheit des Alters“ oft nicht so eng und bringt dadurch einen schönen Entspannungsfaktor mit. Kristine ist unsere leidenschaftliche Kuhfrau mit Power. Kerstin liebäugelt mit den Kühen und auch gerne mit den Kunden. Suse weiß, wie man mit Geld umgeht und träumt von Freilandsschweinen. Manu ist unser Geomant und sehnt sich nach Verbundenheit. Wenn Stefan mal Zeit hat neben seinen Biogasanlagen, ist er unser Mann für die Technik. Eva beglückt uns mit den leckersten Salaten und will die Hauswirtschaft schmeissen. Im Sommer 2008 hatten wir eigentlich schon unseren Traumahof gefunden und uns gefreut, dass es nun endlich richtig los gehen kann. Nachdem wir uns über Monate vorbereitet haben, den Hof zu übernehmen, ist die letztendliche Übergabe leider an Unklarheiten finanzieller Art zwischen dem Eigentümer und den derzeitigen Pächtern gescheitert. Mittlerweile haben wir darüber ausreichend Frust geschoben und stürzen uns nun neu und mit voller Kraft in eine erneute Suche nach dem geeigneten Ort für uns.

Die Hofgruppe

Auf Hofsuche



Nun also war sie (fast) fertig, unsere neue Liegehalle für unsere großen Damen. Und heute sollte der Umzug stattfinden. Eigentlich wollten wir schon vor einem Monat umziehen. Aber wie es halt so ist, wenn soviel wie möglich in Eigenleistung gemacht wird: Es verzögert sich immer mal wieder etwas. Der Melkstand musste noch montiert werden, das Fressgitter wurde erst eine Woche später geliefert, die Tränken funktionierten noch nicht und ... und ... und ... und die andere Arbeit auf dem Hof ist ja auch noch zu tun ... Aber dann Anfang Oktober ist es soweit: Schon morgens um acht Uhr kommt der Melktechniker, um die Melkanlage umzubauen. Als die letzte Kuh dann gemolken ist, zählt jede Minute: Wir können vieles von der alten Absauganlage im neuen Melkstand wieder verwenden. So wird alles abgebaut, gereinigt und im neuen Melkstand wieder eingebaut. Bis zur nächsten Melkzeit abends muss alles fertig sein. Jede(r) bemüht sich, irgendwie zu helfen – bis hin zur Küche: Es gibt gutes Essen, Nachtisch und nachmittags Kaf-

fee, um alle bei Laune zu halten. Aber dennoch schreitet die Uhr unerbittlich voran. Gegen 17 Uhr frage ich beim Monteur vorsichtshalber mal

Umzug



nach, wann wir in ungefähr fertig wären. Er rechne noch mit einer guten Stunde, wenn keine größeren Probleme mehr auftauchen würden. Die Stunde war dann aber eine sehr, sehr, sehr gute Stunde, so dass wir kurz vor zwanzig

Uhr das ersehnte Ziel erreicht hatten und mit dem „neuen Melken“ starten konnten.

Wobei Melken im eigentlichen Sinne etwas übertrieben ist. Unsere Kühe waren gewohnt, von der Weide zu kommen und jede an ihren Platz zu gehen. Dann kam die Melkerin oder der Melker zum Melken. Jetzt sollten sie die Stufen zum Melkstand erklimmen und selbst zum Melker kommen. „Ja, wo kommen wir denn da hin?“, dachten sich so ziemlich alle. Und dann war da ein mit engen Rohren eingefasstes Gefängnis, das igitt-igitt ganz neu, ganz komisch und nicht einmal nach Kuh roch. Nicht mit uns. Nicht mit vielen guten Worten.

Gut, dann halt mit Strick! Jede Kuh einzeln anbinden und versuchen, in den Melkstand zu führen. Einer vorne ziehen und je nach Größe der Melkstandphobie bis zu drei Mann, bzw. Frau hinten schieben, heben, am besten tragen. Kurz vor Mitternacht waren dann alle geschafft – die Kühe und wir auch. Am nächsten Morgen war das Szenario ähnlich, nur dass fünf oder sechs noch

mit Strick, der Rest ohne den Weg in den Melkstand fand. Mit jeder Melkzeit ging es etwas besser, aber es gab immer noch ein paar ganz Misstrauische, die nicht ganz in den Melkstand gingen und im Laufgang stehen blieben. Da kam mir die Idee. Unsere Kühe lieben Kartoffeln über alles. Also nahm ich für jede Kuh zwei bis drei Kartoffeln mit in den Melkstand und siehe da: Mit Kartoffeln fängt man Kühe. Von da an standen sie vor dem Melkstand Schlange und warteten ungeduldig auf Einlass.

Inzwischen läuft fast alles wie am Schnürchen, die Kühe haben sich eingewöhnt. Die große Liegehalle mit Tiefstreu finden sie Klasse und auch das Melken geht nun ganz ohne Kartoffeln.

Anneliese Schmeb

Betriebsspiegel

20 ha Acker, 30 ha Wiese, 4 ha Wald
28 Milchkühe, 45 Jungtiere,
70 Legehennen

„Bearbeitung der Bauernkonflikte“

Jahresmitgliederversammlung der AbL-Bayern

Unter diesem brandaktuellen Thema stand die Jahresversammlung der AbL-Bayern am 1. März in Hirschhorn. Zunächst spannte Siegfried Jäckle, ehemaliger Berater an einem Landwirtschaftsamt im Schwarzwald und AbL-Mitglied, einen weiten Bogen der Geschichte der Agrarpolitik: von der Einführung der Getreidezölle durch Bismarck, der Entstehung der Genossenschaften nach dem 1. Weltkrieg über die zahlreichen Reformen der Agrarpolitik bis zur Gegenwart. Franz Rohrmoser, Konfliktforscher aus Salzburg und langjähriger Geschäftsführer der Bergbauernvereinigung in Österreich, zeigte dann am Beispiel der aktuellen Milchkrise, wie eine konstruktive Bearbeitung der Bauernkon-

flikte gelingen könnte. Bedingung dafür ist zunächst die Konfliktfähigkeit, denn Konflikte sind „Signale für längst fällige Problemlösungen“.

Die gegenwärtige Überschuss- und Wachstumspolitik führt unter den Bauern zu einer kampfhähnlichen Stimmung des „Wer ist der Stärkere – ich oder Du?“. Ein für alle konstruktives Modell wäre dagegen die bäuerliche Landwirtschaft mit ihrem Konzept des „gemeinsamen Überlebens – Ich und Du“. Das Wesen einer Berufs- und Interessensvertretung kennzeichnet, dass sie gleichartige und gleichwertige Mitglieder hat. Das Kernproblem des Bauernverbands ist aus Rohrmosers Sicht, dass der „Soziale Gegner“, der absichtliche Betreiber der Wachstumspolitik

zusammen mit der Industrie in der Interessensvertretung sitzt und hier „Sterbehilfe“ für die bäuerliche Landwirtschaft betreibt. Dieser Grundkonflikt wird verdrängt und verharmlost und stattdessen eine „Scheineinheit“ beschworen, die einen echten Interessensausgleich verhindert.

Bisher werden diejenigen, die Probleme und Konflikte ansprechen, als Bauernspalter beschimpft. Bauernspaltung passiert aber dort, wo diese Konflikte verdrängt oder polarisiert werden. Häufig gibt es die zwei Extreme „Konfliktscheu sein – Differenzen totschweigen“ und „streitlustig sein – Lust am Krach“. Die Synthese der beiden Haltungen, die echte Konfliktfähigkeit, führt dahin, dass aggressive Kräfte ins Konstruktive umgeleitet und Veränderungsprozesse aktiv mitgetragen oder initiiert werden.

Dass sich unser Bundesgeschäftsführer

Georg Janssen jedes Jahr auf die weite Reise gen Süden macht für unsere MV, beeindruckt uns immer wieder. Seine Berichte über die Bundesaktivitäten, u.a. von der Grünen Woche in Berlin und zum aktuellen Weltagrarbericht weiteten den Blick über die Region hinaus.

Bei Wolfgang Königs Vorstandsbericht stand die Milchkrise im Vordergrund. Er warb eindringlich für die Mitgliedschaft in BDM und Milchboard und damit für einen kostendeckenden Produktverkauf anstelle der Andienungspflicht: „Lieferst du noch oder verkaufst Du schon?“

Weitere Themen der Versammlung und Diskussion waren die Aktivitäten der Regionalgruppen, der Widerstand gegen die Gentechnik und die Zwangsimpfung zur Blauzungenkrankheit.

Andrea Eiter

Absatzfonds und Vorstandswahlen

Von der AbL-Mitgliederversammlung Baden-Württemberg

Auch wenn das Bild David gegen Goliath in der jüngsten agrarpolitischen Landschaft für den Kampf der kanadischen Bauernfamilie Schmeiser gegen den Konzern Monsanto verwendet wird, passt es auch gut für den Landwirt Georg Heitlinger und seinen Sieg über den Filz von CMA und Absatzfonds.

„Es braucht immer wieder Persönlichkeiten, die den Willen, den Mut und das Durchhaltevermögen haben, die Dinge so voranzubringen.“ Mit diesen Worten bedankte sich Landesvorsitzender Joseph Bopp unter Beifall der Mitglieder bei der LMV in Baden-Württemberg für seinen Einsatz um bäuerliche Selbstbestimmung und überreichte Georg Heitlinger Sekt und Blumen. Mit großem Interesse folgten die Mitglieder Heitlingers persön-

lichem Bericht über seine Erfahrungen mit Parteien, Behörden und dem Bauernverband mit ungeahnten Verflechtungen und eingeschränkter Pressefreiheit.

Neuer Vorstand gewählt

Bei den diesjährigen Vorstandswahlen gab es eine Neuformation des Vorstandes. Nicht mehr zur Wahl stellten sich die langjährigen Vorstandsmitglieder Joseph Bopp (1. Vorsitzender) und Hedwig Noll (Kassiererin). Nach 15 Jahren als Landesvorsitzender wünscht sich Bopp neue Energie und neue Ideenvielfalt für die Arbeit im Land. Auch in Zukunft will er sich gerne einbringen, aber nicht mehr an vorderster Front. Veränderung gab es auch bzgl. der Geschäftsstelle in Baden-Württemberg. Trotz knapper finanzieller Mittel hat der

alte Vorstand die Stelle des Geschäftsführers wieder besetzt. Der neue Geschäftsführer Jochen Fritz übernimmt damit die Aufgaben von Matthias Minister, der diese Stelle in den letzten Jahren kommissarisch verwaltete. Als eine Investition in die Zukunft will der Vorstand

diesen Schritt verstanden wissen. Erstes Ziel sei es jetzt, die Mitgliederbetreuung in den Regionen und die Werbung von Neumitgliedern voranzubringen, um so die Stelle auch für weitere wichtige Arbeiten zu sichern.

Bärbel Endraß



Der neue Vorstand (v.l.n.r): Rolf Holzapfel, Bärbel Endraß, Anneliese Schmehe, Jochen Fritz, Tanja Holzschuh, Gudrun Emperle. Nicht im Bild: Herbert Ernst und die Beisitzer Klaus Eible, Wilfried Förster und Klaus Gebhardt

Foto: AbL BW

Ländliche Räume erhalten

Jahresvollversammlung AbL Rheinland-Pfalz /Saarland

Nach einer kurzen Begrüßung durch den Vorsitzenden Ralf Wey lieferte Bundesgeschäftsführer Georg Janssen einen Jahresrückblick über ein ereignisreiches Jahr 2008. Noch einmal zogen die Bilder des Milchstreiks und der darauf folgenden unglaublichen Ignoranz der Politik an uns vorüber. Landesgeschäftsführer Norbert Worm präsentierte dann einige Früchte der Arbeit des Landesverbandes. Engagiert habe man sich in die Entwicklung und Verbreitung der Flugschrift „Streit ums Saatgut“ ein-

gebracht. Druckfrisch hielt er darüber hinaus eine vom Mitglied Klaus Bayer erarbeitete Kurzanleitung zu den vielfältigen Fördermöglichkeiten des Agrarumweltprogramms RLP (PAULA), in der Hand sowie das von einer 5-köpfigen Arbeitsgruppe erarbeitete „Strategiepapier“ der AbL RLP/Saarland „Den ländlichen Raum lebenswert erhalten und gestalten – mit einer wertschöpfenden Landwirtschaft! – mit einer nachhaltigen Agrar- und Ernährungskultur!“. Das Strategiepapier analysiert kritisch die

aktuelle europäische, deutsche und Landes-Agrarpolitik und stellt dieser die wesentlichen Visionen, Standpunkte und Forderungen einer aus AbL-Sicht schlüssigen und nachhaltigen Agrarpolitik in wichtigen Punkten gegenüber. Beide Papiere sind für 10 € bzw. 12,50 € über die Landesgeschäftsstelle zu beziehen (Adresse siehe „Landeskontakte“, Seite 23). Den mehr als spannenden Fachvortrag zur Blauzungenproblematik hielt an diesem Abend Frank Monderkamp. Er gab einen sehr kritischen Überblick über die Wirkung der Impfung und viele offene Fragen zur Tiergesundheit, aber auch zum Umgang

von Politik und Veterinären mit den Landwirten. Viele dieser offenen Fragen werden in Kürze im Rahmen einer kleinen Anfrage zur Blauzungenimpfung unter Federführung von Ulrike Höfken (Bundestagsabgeordnete Bündnis 90/Die Grünen) in den Bundestag eingebracht. Nach ausführlicher Diskussion ging man dann zur Wahl des neuen Vorstands über. Dieser wurde mit großer Zustimmung fast komplett in seiner alten Zusammensetzung wiedergewählt. Vorsitzender ist für die nächsten zwei Jahre weiterhin Ralf Wey. Geschäftsführer bleibt Norbert Worm.

Andrea Beste

Milch, Blauzunge und Gentechnik

Das zwanzigste Mal: AbL-Milchtagung in Hardehausen

Im Mittelpunkt der zwanzigsten Milchtagung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Hardehausen stand die Situation der Milchviehbetriebe in Anbetracht der ruinösen Milchpreise. Der AbL-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf ist sich sicher: Wenn die Bauern jetzt nicht handeln, werden die Molkereien die Mengensteuerung selbst in die Hand nehmen und die Milch von manchen Höfen nicht mehr abholen. Baringdorf forderte alle Milchbäuerinnen und -bauern auf, in das Milchboard einzutreten, um auf gleicher Augenhöhe mit den Molkereien über Preise verhandeln zu können. „Es kommt auf jeden Einzelnen an!“

Wie ungleich die Machtverhältnisse auf dem Milchmarkt zur Zeit sind, verdeutlichte Dr. Katrin Hirte vom Fachgebiet regionale Agrarpolitik der Universität Kassel. „100.000 Milcherzeugern stehen nur 110 Molkereien gegenüber und diesen wiederum nur 10 führende Abnehmer.“ Sie hinterfragte die allgemein hingenommene Preistheorie der deutschen Agrarökonomien und kritisierte die Milchpolitik,

Intervention eröffnet. Auch Ulrich Jasper forderte die Milcherzeuger auf, selbst aktiv zu werden und sich im Milchboard zu bündeln.

Mit dem Beitrag der Milchviehhaltung zur Freisetzung von Klimagasen befasste sich der Vortrag von Martin Hofstetter. Der bei Greenpeace tätige Agrarexperte machte deutlich, dass in der Landwirtschaft vor allem der Einsatz und die Produktion von Düngemitteln zu bedeutenden Treibhausgasemissionen führt. In der Gesamtbeurteilung, so Hofstetter, muss zwar auch die Landwirtschaft nach klimafreundlicheren Alternativen suchen, besonders große Einsparungen seien aber vor allem dort zu machen, wo in großem Stil fossile Energieträger zum Einsatz kommen, z.B. in Heizkraftwerken.

Vielfältig und kontrovers waren die Aussagen und Erfahrungsberichte zum Thema Impfung gegen die Viruserkrankung Blauzunge bei Wiederkäuern (siehe S.6 und 7) Zum Abschluss der Veranstaltung sprach Annemarie Volling über gentechnikfreie Regionen. „In Deutschland gibt es 189 gentechnikfreie Regionen. Da-

Kurzes am Rande

8.000 Bauern auf Demonstration in Prag

Sie sind am 12. März aus Deutschland, der Slowakei, Österreich, Polen, Ungarn, Slowenien, Litauen und der ganzen tschechischen Republik angereist, um gegen die zu niedrigen Milchpreise zu demonstrieren. Im vergangenen Jahr sanken die Milcherzeugerpreise in Tschechien stetig. Derzeit liegen sie teilweise bei 20 Cent, was besonders kleine und mittlere Milchproduzenten in arge Bedrängnis bringt. Die Demonstranten aus den neuen EU-Ländern bestanden auf einer sofortigen Gleichstellung innerhalb des europäischen Staatengefüges. Das ist die Forderung nach der Anpassung der Höhe der Direktsubventionen an das Niveau der alten Länder. Außerdem forderten sie das Handeln der EU angesichts der Krise am Milchmarkt. Romuald Schaber sprach als Präsident des European Milk Board bei der Kundgebung und begleitete die tschechische Delegation auch zu dem nachfolgenden Gespräch mit der EU-Kommissarin Fischer-Boel. Diese versprach, sich bald erneut mit Vertretern der Milchbauern zu treffen, um die Situation zu besprechen. *Sonja Korpeter*

Milchpreise sinken verzögert

In Frankreich sind die Erzeugerpreise aufgrund der langfristigen Preisfixierung mit Bezug auf das Vorjahrespreisniveau noch nicht so niedrig wie in vielen anderen europäischen Ländern, wo die Preise auf 22 bis 25 Cent gesunken sind. Die französische Milchindustrie arbeitet jedoch schon daran, die Erzeugerpreise so schnell wie möglich nach unten zu drücken. In die kommenden Verhandlungen für die Milchpreise April bis Juni wollen sie mit 21,5 Cent einsteigen. Experten gehen davon aus, dass ein Erzeugerpreis von ca. 24 Cent aus den Verhandlungen zwischen Milchindustrieverbänden und dem Milchzweig des französischen Bauernverbandes resultieren wird. Das wären sieben Cent weniger als im Vorjahresmonat. In Mai und Juni werden die Preise dann um 1 bis 2 Cent je Liter höher liegen (bei 3,8 % Fett, 3,2 % Eiweiß). *Sonja Korpeter*

Milchquote wird erhöht

Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner forderte in einem gemeinsamen Brief mit Österreich, Ungarn, der Slowakei und Slowenien an den europäischen Agrarrat und die EU-Kommission eine Aufschiebung der Milchquotenerhöhung. EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel sieht trotz des dramatischen Preisverfalls keine Notwendigkeit, die geplante Erhöhung der Quote im April um 1% auf zuschieben. In der EU-Agrarratssitzung Ende März bezeichnete sie Aigners Forderung als „Totgeburt“. Sie werde keinen Vorschlag machen, um die Beschlüsse des EU-Gesundheitschecks vom November 2008 neu zu diskutieren, so die Agrarkommissarin. *mh*

Konjunkturmillionen nicht verpuffen lassen

Im Strippenziehen um ein europäisches Konjunkturpaket in Zeiten der weltweiten Wirtschaftskrise sind plötzlich die Bauern und Bäuerinnen zu Schachfiguren geworden. Aber nicht als Bauernopfer, sondern um Angela Merkel die Zustimmung für die Konjunkturmilliarden abzurufen, rückten die Milchbauern und -bäuerinnen in den Fokus. Brüsseler Beobachter nennen es einen der typischen EU-Kompromisse, wenn quasi über Nacht der Ausbau der Breitbandnetze und die Milchbauern Geld kriegen, das sie ursprünglich gar nicht gefordert hatten. Die 90 Millionen Euro, die dabei nun in die Milchkanne fließen, sind allerdings, so der stellvertretende Vorsitzende im EU-Agrarausschuß, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, nur „ein Tropfen auf den geheizten Stein.“ Es sei die Frage, wie genau diese Gelder überhaupt eingesetzt werden sollen. Vor allem aber dürfe Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner nicht aus dem Auge verlieren, dass die Ministerinnen und Minister sich mit Subventionen nicht der Verantwortung entziehen können, für einen fairen Milchpreis zu sorgen, so Graefe zu Baringdorf. „Sie müssen einen gesetzlichen Rahmen schaffen, der es den MilcherzeugerInnen ermöglicht, Instrumente für eine flexible und bedarfsorientierte Mengensteuerung der Milchproduktion zu entwickeln und zu etablieren.“ *cs*



Die Referenten (v.l.): Dr. Reinhard Müller; Frank Monderkamp; Martin Hofstetter; Joseph Jacobi; Dr. Katrin Hirte; Annemarie Volling, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf; Ulrich Jasper Foto: Herzog

die durch ihre Struktur-, Förder- und Investitionspolitik das Prinzip „Wachsen oder Weichen“ durchsetzt. Die Politik hat sich auf dieselbe Ebene gestellt, wie die deutsche Agrarökonomie, sagte Hirte.

Ulrich Jasper, stellvertretender AbL-Geschäftsführer, verdeutlichte, dass die derzeitigen Entwicklungen durchaus politisch gewollt sind. Trotz der voraussehbar schlechten Marktsituation, hatte die EU-Kommission im November 2008 die Milchquote erhöht und damit ein Signal zur Steigerung der Milchproduktion gegeben. Jetzt subventioniert sie zusätzlich Exporte von Milchprodukten und hat die

ran beteiligen sich etwa 29.400 Bäuerinnen und Bauern“. Immer noch sind 99,82 Prozent der deutschen Maisanbaufläche gentechnikfrei. Die Koordinatorin der gentechnikfreien Regionen zeigte, dass in ganz Europa eine Fütterung mit gentechnikfreiem Soja möglich ist. „Das muss so bleiben und sich weiter entwickeln“, forderte Volling. Entscheidend im Kampf gegen Gentechnik und für einen höheren Milchpreis ist die Zusammenarbeit und die Solidarität unter den Bäuerinnen und Bauern, so der Tenor der Referenten.

mh

Schweiz im Eiltempo

In unserm Nachbarland versuchen die Bauern, mit Bündelung den Milchpreis zu kontrollieren

Zum 1. Mai 2009 wird die Milchkontingentierung (entspricht der europäischen Quote) in der Schweiz abgeschafft. In den letzten zwei Jahren haben sich in dem kleinen Land bereits 38 Produzenten-Organisationen (PO) und Produzenten-Milchverwerter-Organisationen (PMO) gegründet. In diesen Organisationen fällen die Schweizer Milchbauern und Bäuerinnen aktuell die Entscheidung über die zukünftige Form der Mengenregulierung in der Schweiz.

Basisorganisation

Im Vorfeld der Delegiertenversammlungen in den PO und PMOs finden Veranstaltungen der EMB-Mitgliedsorganisationen BIG-M und Uniterre statt, bei denen ihre Vertreter erklären, wie in Zukunft gesichert werden kann, dass die Milcherzeuger kostendeckende Preise für ihre Milch erhalten. Martin Haab, Co-Vorsitzender von BIG-M und Vorstandsmitglied des EMB, erläutert: „Über eine nationale Angebotsbündelung sollen die Herausforderungen des bevorstehenden liberalen Marktes gemeinsam angegangen und die von der Regierung abgetretene Mengenverantwortung wahrgenommen werden. Die Erzeuger müssen über Instrumente verfügen, um die Milchmenge am Marktbedarf auszurichten.“ Die Aussichten, dass es gelingt, mehr als 80 Prozent der Schweizer Milch in einer gemeinsamen Branchenplattform zu bündeln, sind heute besser denn je.



Eine rot-weiße Fahne in der Schweiz.

Foto: Herzog

Mengenregulierung in Bauernhand

Angesichts der stark gesunkenen Preise ist vielen Erzeugern klar geworden, dass der Traum vom Endlos-Produzieren nicht wahr werden kann und dass die Voraussetzung für kostendeckende Preise ein ausgewogener Milchmarkt und damit eine Mengenregulierung in Bauernhand sind. Diese soll folgendermaßen aussehen: Die Mitglieder einer Produzentenorganisation erhalten mit dem 1. Mai 2009 eine vertraglich festgelegte Liefermenge, die ihrem alten

Milchkontingent entspricht. Wird diese überschritten, so wird die Übermenge als so genannte Zusatzmilch bezeichnet. Sie wird entsprechend der Verwertungsmöglichkeiten vergütet, im schlechtesten Fall bedeutet dies 19 Cents je Liter (aktueller Weltmarktpreis für Milchpulververwertung). Die Segmentierung, wie diese geplante Regelung genannt wird, soll verhindern, dass kleine Übermengen den gesamten Milchpreis für alle Produkte und alle Erzeuger nach unten ziehen.

Mit dem Erfolg wächst der Druck

Einige Schweizer Molkereien haben noch die Hoffnung, die Bündelung der Milcherzeuger in einer nationalen Branchenplattform zu verhindern. Da ihnen die sachlichen Argumente hierzu fehlen, setzen sie auch auf fragwürdige Mittel – wie die Drohung, die Milch engagierter Erzeuger nicht mehr abzuholen. In diesem Zusammenhang sind die Veranstaltungen von BIG-M und Uniterre sehr wichtig, um den Milcherzeugern in ihren POs und PMOs den Rücken zu stärken. Täglich gehen zur Zeit neue Meldungen durch die Medien, dass die Delegierten weiterer Organisationen für die nationale Branchenplattform der Schweizer Milcherzeuger gestimmt haben. Mitte März hatten sich schon die fünf größten Produzentenorganisationen hinter das Konzept der nationalen Bündelung der Milch gestellt. Nun geht es darum, auch die übrigen für die Mengenregulierung in Erzeugerhand zu gewinnen und konkrete Mechanismen auszuarbeiten, wie die Zusammenarbeit der POs und PMOs ab dem 1. Mai 2009 organisiert wird.

Parallel wachsen die Butterberge in der Schweiz und die staatlichen Exportunterstützungen werden in keinem Falle ausreichen, um den Inlandsmarkt ausreichend zu entlasten. Das bedeutet, dass die Milcherzeugerpreise, bevor es aufwärts geht, erst noch tiefer absacken werden.

Sonja Korpeter

Rezepte gegen zu viel Milch

Mengenregulierung – Lösungsansätze auf vielen Ebenen

In Österreich hat die Molkerei Alpenmilch Salzburg eine Regelung beschlossen, um die Lieferdisziplin unter ihren Zulieferanten zu erhöhen. Wer sein Lieferkontingent überschreitet, bekommt ab 1. April nur noch 10 Cent pro Liter Milch. Die Regelung soll zunächst für ein Jahr gelten. Die jetzige Preisregelung der Alpenmilch ist für viele Milcherzeuger ein „mutiger Schritt und sollte in ganz Europa Nachahmung finden. Aber ob das von der politischen Seite aus – sprich von Brüssel aus – so einfach über die Bühne gehen wird, muss man erst sehen.“ (Stefan Scheipl, IG-Milch Österreich). „Mit einer Wiederbelebung von strengeren Milchquoten-Regeln wäre es sicher möglich, wieder einen stabileren

Preis zu erreichen.“ Das sehen auch die Mitgliedsverbände des EMB so. Bei ihrer Mitgliederversammlung im Februar haben die Vertreter aus 14 Ländern einen Forderungskatalog zur flexiblen Mengenregulierung beschlossen. Er enthält auf der einen Seite Sofortmaßnahmen (Schaffung von Quotenreserven, das Einfrieren der 5 mal 1-Prozent-Quote und das sofortige einmalige Herauskaufen überschüssiger Produkte). So könnte der Markt entlastet und der Auszahlungspreis wieder angehoben werden. Auf der anderen Seite werden Maßnahmen angeführt, die die längerfristige Balance von Angebot und Nachfrage im Blick haben: das kurzzeitige Herausleasen von Quoten aus dem

europäischen Markt sowie die Schaffung einer europäischen Rechtsgrundlage für den Zusammenschluss der Milcherzeuger / ihrer Milch und die Einrichtung von erzeugerfinanzierten Umlagen. Dass die Bereitschaft der Politik, diese Maßnahmen auch im Interesse der Gesellschaft umzusetzen, noch gering ist, zeigt folgender Vorfall in Frankreich.

Nationale Spielräume

Am 17. März 2009 haben die Erzeuger aller Couleur einen ernsthaften Versuch unternommen, die Milchmenge in Frankreich zu senken. Auf der Tagesordnung der Sitzung der Milchkommission des nationalen Zuchtinstituts standen folgende zwei Punkte zur Entschei-

dung: Einfrieren des zusätzlichen 1 Prozents Quote und Aussetzen der Saldierungsmöglichkeiten für 2009/2010. Während der Sitzung wurde von Regierungsseite verkündet, dass man über diese Fragen erst in der Juniversammlung diskutieren werde. Dies hat zur Folge, dass die Anwendung für das kommende Milchwirtschaftsjahr so gut wie unmöglich wird. Auch in Bezug auf die französische Politik liegt noch einiges an Arbeit vor den Milcherzeugern. Bündelung der Milch und der permanente Aufbau des Drucks auf die politischen Entscheidungsträger sind ihre zwei Hauptinstrumente.

Sonja Korpeter
EMB (European Milk Board)

Rein in die Molkerei-Aufsichtsräte?

Doppelstrategie zwischen Milchboard und Aufsichtsrat muss scheitern

„Das sind doch eure eigenen Unternehmen, bei denen die Bauern selber bestimmen können!“ Diese Position des Bauernverbands gegenüber der BDM-Strategie soll Milchbauern bewegen, in die Aufsichtsräte und Vorstände der Genossenschafts-Molkereien zu gehen, statt den Milchboard stark zu machen. Dies ist auch die Auffassung von mehreren Aufsichtsratsmitgliedern von Großmolkereien, mit denen wir zu diesem Thema gesprochen haben. Auf Wunsch unserer Gesprächspartner geben wir deren Antworten anonym wieder:

Weshalb haben Sie Ämter in den Genossenschaftsgremien übernommen?
Aufsichtsrat 1: „Das Genossenschaftsprinzip Raiffeisens, gemeinsam mit anderen Bauern die eigenen Interessen besser zu vertreten!“

Aufsichtsrat 2: „Die Genossenschaften sind doch die einzige Möglichkeit, sich am Markt durchzusetzen, um bessere Preise oder zumindest Absatzsicherheit zu bekommen!“

Aufsichtsrat 3: „Die genossenschaftlich organisierten Molkereien sind bei der Gestaltung der Milchzeugerpreise maßgebend, weil die privaten Molkereien dieses Interesse nicht haben und sich allenfalls den von Genossenschaften ausgezahlten Milchpreisen anpassen!“

Warum sind dann die Milchzeugerpreise seit Jahren so niedrig?

AR 3: „Das liegt am Markt, der Konkurrenz und am Druck der Handelsketten.“

Könnten die Genossenschaftsmolkereien in gemeinsamer Absprache und koordiniert höhere Preise durchsetzen und dann auch auszahlen?

AR 2: „Nein, das scheitert schon an den 30% Privatmolkereien, außerdem daran, dass die Molkereien mit besserer Verwertung nicht bereit sind, die anderen mit aufzufangen.“

Wer in den Entscheidungsgremien einer Genossenschaftsmolkerei sitzt, muss die Interessen dieses Unternehmens ver-

treten und wohl oder übel den entsprechenden Beschlüssen zustimmen: „ob es nun die Niedrigpreisabschlüsse mit dem Handel sind oder bessere, gestaffelte Erzeugerpreise für größere Bauern, die sonst mit Abwanderung zu anderen Molkereien drohen (AR 1).“ Dazu verpflichtet nicht nur die Satzung, sondern vor allem die Konkurrenzlage.

Könnte man theoretisch die Niedrigpreise des Handels ausschlagen, die Staffelpreise ablehnen oder zunächst einmal hohe Erzeugerpreise auszahlen?

AR 3: „Dann bleibt die Molkerei auf den Produkten sitzen, verliert Milchlieferanten oder macht ruinöse Verluste – und das kann man auf die Dauer auch gegenüber den Milchbauern nicht vertreten!“

Deshalb ist das Konzept des Milchboards so zwingend: Die bundesweit ausgehandelten Erzeugerpreise würden für alle Molkereien gelten, würden also keine Konkurrenz-Verschiebungen unter ihnen schaffen, gäben den Molkereivorständen keine Gelegenheit zu obigen Ausflüchten. Unsere Gesprächspartner vertreten diese Meinung verständlicherweise nicht, zumal bei ihrem Amtsantritt diese Alternative noch nicht bestand. Aber „wer mit einer solchen Position in die Gremien geht und dort höhere Milchpreise durchsetzen will oder auch nur Horchposten sein will, der hält diese Doppelrolle nicht lange durch,

der wird isoliert und wie ein Aussätziger gemobbt...“ (AR 2) Aufsichtsratsmitglied 3 berichtet, man habe ihn wegen seiner öffentlich geäußerten Sympathie für den Milchstreik für Umsatzausfälle haftbar machen wollen und habe ihm im Protokoll entsprechende Zitate in den Mund gelegt.

Weitere Argumente unserer Gesprächspartner gegen eine solche Doppelstrategie: Man kann die meisten vertraulichen Dinge aus dem Aufsichtsrat nicht nach draußen tragen – das schafft Distanz zu den Mitgliedern. Viele Entscheidungen sind in gesonderte Verkaufs- und Marketing-GmbHs ausgegliedert. Die Arbeitnehmervertreter (zumeist Leitende Angestellte) haben nicht die gleichen Interessen. Man hat neben Versammlungen, Vorbereitungen, Telefonaten und Fortbildungen kaum noch Zeit für den Betrieb und schon gar nicht mehr für den BDM (die Aufsichtsrats-Gelder zwischen 15.000 und 60.000 Euro jährlich fangen das kaum ab). Es dauert eine ganze Weile, bis man den Weg in die Aufsichtsräte (über Beiräte und Nachwahlen) geschafft hat, vor allem in den Großmolkereien, wo die meisten Bewerber nur regional bekannt sind...

Fazit: Logischer, konfliktfreier, nachhaltiger und zielführender ist ein Engagement für den raschen Aufbau des Milchboards zur Durchsetzung flächendeckend fairer Milchpreise durch eine Mengenregelung in eigener Hand!

en

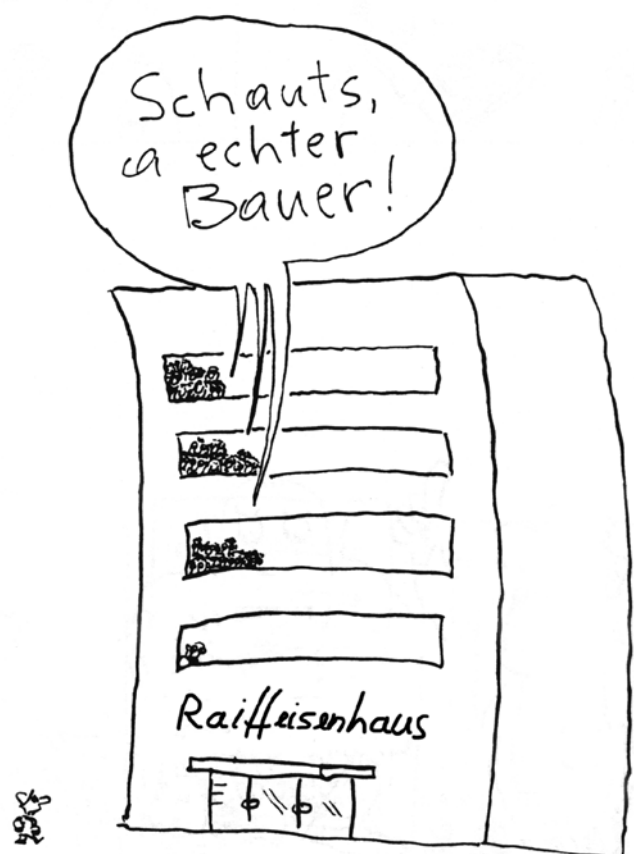
Milchbauern und Verbraucher

BDM-Aktionstag in der Hamburger Innenstadt

Buche war noch nie in Hamburg. Die Schwarz-bunte Kuh lässt sich nicht aus der Ruhe bringen. Auch nicht, als in der Fußgängerzone drei Mädchen auf sie zu stürmen und rufen: „Oh, ich habe noch nie eine Kuh gestreichelt.“ Es werden Foto-Handys gezückt und Buche steht Modell. Warum Buche dort steht, haben die Mädchen nicht gefragt. Ein anderer Passant kommt an einen der sechs Stände der Milchbauern und fragt: „Kann ich sie unterstützen?“ Gerhard Stooss aus Giesendorf bei Ratzeburg bietet ihm ein Glas Milch an und sagt: „Wir Milchbauern vom BDM setzen uns dafür ein, dass es eine Mengengrenzung geben soll. Die Milchquote ist zu hoch angesetzt. Wir produzieren Überschüsse und erhalten deshalb niedrige Milchpreise. Das wollen wir ändern.“ Der Passant: „Das ist gut.“ Der Milchbauer: „Außerdem wollen wir nicht, dass Milchüberschüsse mit Steuergeldern in die Dritte Welt gedumpt werden. Wir brauchen die Unterstützung der Politik.“ Der Passant: „Es sind ja auch bald Wahlen.“ Genau das wollte der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) am 6. März mit der Verbraucheraktion in Hamburg erreichen, denn: „Kritische Verbraucher sind auch kritische Wähler!“ So steht es in der Ankündigung. „Viele Verbraucher haben Verständnis für unsere Situation“, resü-

miert Christian Götsch, Milchbauer aus Döhnsdorf in Ostholstein. Um die Binnenlaster drehen während der Aktion Traktoren ihre Runden. „Zwischen 100 und 150 Trecker bewegen sich in Hamburg. Wir wollen nicht den Verkehr blockieren, sondern Verbraucher informieren“, sagt Joachim Schoof, BDM-Beirat und Milchbauer in Schleswig-Holstein gegenüber der Presse. Auch die Verbraucherzentrale Hamburg unterstützt die Aktion: „Das ist Premiere“, sagt Romuald Schaber, BDM-Vorsitzender. „Das unterstützt unsere Philosophie. Wir Milchbauern sind nur erfolgreich, wenn die Verbraucher uns auch unterstützen. Das heißt für uns, dass wir ein gutes Produkt liefern müssen. Die hohen Standards in Deutschland und Europa bedeuten aber auch hohe Kosten.“ Silke Schwartau von der Verbraucherzentrale Hamburg sagt: „Viele Verbraucher sind sich bewusst, dass an der Landwirtschaft mehr daran hängt, als nur den Rohstoff zu produzieren“, und sie fügt hinzu: „Der Preisdruck für die Bauern ist dramatisch geworden.“ Schaber weist drauf hin, dass nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa die Situation für die Milchzeuger katastrophal sei und dass in den nächsten Wochen europaweit abgestimmte Aktionen geplant sind.

Berit Thomsen



©much

Saaten-Union: Fruchtfolge-Sorten

Das Züchterhaus „Saaten-Union“ setzt nicht nur auf eine gentechnikfreie Züchtung, sondern auch auf eine breite Palette von Getreide, Mais, Raps und Leguminosen-Sorten, die zur anstehenden Wiederausweitung der Fruchtfolgen passen. Die Fruchtfolge, so Firmenvertreter in der *Hannoverschen Allgemeinen*, sei der Schlüssel gleich für viele Probleme: verbesserte Energiebilanz, Stickstoffgewinnung aus der Luft mit Leguminosen, Verringerung von Schädlingsdruck und Vergrasung mit chemie-resistenten Gräsern. Die neuen Sorten, mit denen Saaten-Unions-Chef Markus Iken bis 2020 zu einem in Europa führenden Saatgutunternehmen werden will, sollen dem Klimawandel mit Hitze und Kälte trotzen, mehr Stroh für Düngung und Energiegewinnung bringen und im Rahmen „intelligenter Anbaumethoden“ stabile Erträge mit weniger Chemie gewährleisten. Und: Völlig ohne Gentechnik hat die Saaten-Union eine Maissorte mit natürlicher Resistenz gegen den Maiswurzelbohrer gezüchtet. *pm*



Widerstand wächst...

Biogarten am Weißen Haus

Gemeinsam mit einer Grundschulklasse grub Michelle Obama, Amerikas neue First Lady, eine rund 100 Quadratmeter große Fläche Rasen vor ihrem neuen Heim, dem weißen Haus in Washington um. Dort soll nach den Vorstellungen der Obamas ein ökologisch bewirtschafteter Gemüsegarten entstehen, der die Küche der First Family versorgen, aber auch bei offiziellen Banketten selbst angebautes Biogemüse auf die Tische bringen soll. Michelle Obama will mit dem Garten ein Zeichen setzen für eine frische, regionale und gesunde Ernährung. Da es ihr besonders um einen Bildungsauftrag geht, der sich an Kinder richtet, sollen immer wieder Schulklassen an der Pflege des Gartens beteiligt werden. Schon seit Jahren haben Umweltorganisationen in den USA versucht ein vergleichbares Projekt am Weißen Haus zu initiieren, erst die Obamas waren bereit zu einem eindeutigen grünen Statement. *cs*

Nachhaltige Pestizid-Wirkung

Die landwirtschaftliche Beratung warnt vor dem Einsatz von Gülle, Jauche oder Mist von Tieren, die auf Grünland gehalten wurden, welches mit dem Herbizid Simplex behandelt wurde, in Kartoffeln und anderen Nachtschattengewächsen, Rüben, Raps, Leguminosen und Gemüse. Der in Simplex enthaltene Wirkstoff Aminopyralid baut sich in den Ausscheidungen der Tiere nicht ab und ist deshalb in der Lage, noch Monate später ausgebracht auf anderen Kulturen, Schaden auch an den Kulturpflanzen anzurichten. Auch beim Umbruch von mit Simplex behandeltem Grünland sollte im folgenden Jahr nur Getreide oder Mais angebaut werden. Aber gesundheitsschädlich ist der Wirkstoff natürlich nicht. *cs*

Leserbrief

Nachbau – wie soll es weitergehen?

zum Leserbrief vom Herrn Emmert zum Nachbau (UBS 2/2009)

Mit großem Interesse habe ich den Leserbrief in der UBS Nr. 2/2009 von Georg Emmert gelesen.

Jahrelang habe ich als zuständiger Abteilungsleiter im damaligen Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft an emotionsgeladenen, ergebnislosen Diskussionen teilgenommen, bei denen es um die Erhebung von Nachbaugebühren ging. Immer wieder wurde in diesen Diskussionen von Produ-

zentenseite auf das sog. Landwirteprivileg verwiesen; die Züchterseite sah sich um ihre auch im internationalen Recht verankerten Entgelte für Forschungs- und Entwicklungsleistungen geprellt.

Alle auf Vermittlung angelegten Gespräche führten zu keinem Kompromiss. Im Gegenteil, mit jedem gerichtlichen Urteil wurden die Fronten härter. Meine Befürchtungen, dass die gegensätzlichen Standpunkte sich schon bald für den Standort Deutschland negativ auswirken könnten, wurden bei der letzten DLG-Tagung im Januar d. J. in Berlin leider bestätigt: Danach sind in den

Betrieben die Ertragszuwächse bei Weizen spürbar zurückgegangen und deutlich niedriger als bei Zuckerrübe und Mais.

Die Züchter steigen offensichtlich mehr und mehr aus der Entwicklung von Nachbaukulturen wie Winterweizen, der Hauptfrucht auf deutschen Äckern, aus, weil bei um rd. 30 % gestiegenen Entwicklungskosten, gleichzeitig stagnierendem Z-Saatgutabsatz und sinkenden Nachbaugebühren die weitere züchterische Bearbeitung sich wirtschaftlich nicht mehr lohnt. So soll der Umfang der Nachbaugebühren, die bei den Züchtern ankommen, inzwischen auf weniger als 1,50 €/je Hektar gesunken sein.

Damit ergibt sich für die Standortverhältnisse in Deutschland ein quasi selbst geschaffenes Wettbewerbsproblem. Dieses wird mit jedem Jahr größer werden, wenn nicht bald die züchterische Seite wirtschaftliche Anreize erfährt, sich mit dem vorhandenen Know-how wieder stärker zu engagieren.

Spätestens jetzt muss Jeder einsehen, dass Entgelte für züchterische Leistungen notwendig sind. Umso dringlicher ist, dass sich alle Parteien erneut an einen Tisch setzen, um endlich eine einvernehmliche Lösung zu finden!

Prof. Dr. Hermann Schlagheck

Monsanto, AXA und die Deutsche Bank

Mit Wertpapieren zur Unterstützung der Gentechnikindustrie

Unter dem Titel „Böse Saat“ berichtet die Märzausgabe der Finanz-Zeitschrift *Das Investment* darüber, wie Monsanto mit Saatgut-Patenten und zweifelhaften Methoden auf die Lebensmittelmärkte drängt. Das „System Monsanto“ wird darin mit „Täuschen, Tricksen, Tarnen“ oder „Legal, illegal – völlig egal“ beschrieben. Unter dem Titel „Gift fürs Portfolio“ und „Feldzug einer Krake“ wird empfohlen, bei der Auswahl von Fonds „genau hinzuschauen“: Demnach enthalten folgende Aktienfonds prozentual besonders viel Monsanto: Fortis L. Equity Materials World, Allianz RCM Global Agriculture Trends, MS US Equity Growth (Morgan Stanley), ING Invest Materials und PF US Equity Selection (Pictet). Die größten Monsanto-Aktionäre sind demnach vor allem 1.100 institutionelle Anleger (zusammen 85 % der Aktien). 39 Monsanto-Führungskräfte und deren Verwandte halten lediglich 0,45 %.

Das Kapital ist breit gestreut. Die größten Anteilseigner sind: Fidelity Fondsgesellschaft (8,7 %), Marsico Capital (4,4), AXA (4,3), Barclays Global Inv. (4,0), State Street (3,4) und auf Platz 20 die Deutsche Bank mit 4,4 Millionen Aktien und einem Anteil von 0,8 %. Im Internet kursieren zudem Hinweise, wonach die Landesbank Berlin Investment GmbH Berlin z.B. mit ihren Stratego-Fonds „Wachstum“ und „Konservativ“ in Monsanto investiert. Der gute Rat: „Wenn Sie wissen wollen, ob Ihre Bank bzw. Ihr Fonds in Monsanto investiert ist, dann erhalten Sie Auskunft über den elektronischen Bundesanzeiger (www.ebundesanzeiger.de). Geben Sie den Namen Monsanto in die Suchmaske ein und Sie erhalten alle Geschäftsberichte und Jahresabschlüsse, die den Namen Monsanto enthalten.“

en

Im Angesicht der Saatgut-Bürokratie

Ein Erfahrungsbericht von der Konferenz der EU-Kommission zur Sicherstellung der Saatgutverfügbarkeit

Es hat den Anschein, dass die Züchter der EU Druck machen, um das Saatgutrecht zu verändern. Die Verfügbarkeit von Saatgut im 21. Jahrhundert und das Sichern von Rechten ist dabei das große Thema. Ich als Bauer von der Mosel werde erst einmal von all den Redewendungen und englischen Ausdrücken, die nicht übersetzt werden können, fast erschlagen. Es geht um alle Samen, Pflanzen, Bäume, Stecklinge usw.. Hier möchte man eine Vereinfachung der Gesetze. Doch bei jeder Veränderung des Saatgutrechts hat bisher die Gilde der Saatgutindustrie Verschärfungen zu ihren Gunsten durchgesetzt. Der Generalsekretär der ESA (European Seed Association), Garlich von Essen, meinte denn auch, die von ihr vertretenen Züchter seien „die besten Player im globalen System“. Sie könnten die Ernährung sichern, dafür müssten ihre Rechte gestärkt werden, und „die Bauern wollen nur gute Sorten“. Robert Madelin, Generaldirektor der Abteilung für Verbraucherschutz der EU Kommission, machte den Züchtern in seiner Eröffnungsrede große Hoffnung, dass die Umsetzung eines neuen Saatgutrechtes schnell möglich sei und schon nach der ersten Lesung abgeschlossen sein könnte. Doch dieser Zahn wurde ihm vom Vize-

präsidenten des EU-Agrarausschusses Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf gezogen, indem er geschickt konterte: „Bei der letzten Änderung der Saatgutverkehrsgesetze in den 90er Jahren hat das Europäische Parlament, obwohl es nicht in der Mitentscheidung war, durch Rück-Überweisung des Themas an den Agrarausschuss Verhandlungen mit Rat und Kommission erzwungen und sehr wohl Einfluss genommen.“

Noch Potential?

Die wirtschaftliche Bedeutung des Saatgutmarktes liegt zurzeit bei 36 Mrd. US-Dollar weltweit. Der größte Markt ist Asien mit 10 Mrd., gefolgt von der EU mit 9 Mrd. US-Dollar. Der Wert des Bauernsaatgutes ist darin nicht enthalten, er wird auf 20 Mio. US-Dollar geschätzt. Hier sieht die internationale Züchter- und Saatguthandelsorganisation ISF noch ein riesiges Wachstumspotenzial. Dieses möchte Bernard Le Buanec, ehemals Hauptgeschäftsführer der ISF, den Züchtern zu Eigen machen. So könnte man die Produktivität erhöhen. Weltweit gibt es 1,5 Mrd. ha Ackerfläche, in der EU 110 Mio. ha Ackerfläche und man möchte in den nächsten 5–10 Jahren weltweit weitere 200 Mio. ha,

hauptsächlich in Afrika und Südamerika, dazu gewinnen. Die Frage drängt sich auf, wie die Umwelt dies verkraften kann.

Es ist wichtig, dass die Gesundheit der Pflanzen, der Menschen und auch der Tiere im Mittelpunkt steht, denn letzten Endes geht es ja darum, gesunde Lebensmittel zu haben. So betrifft die mögliche Veränderung des Gesetzes neben denen, die nur monetär profitieren wollen, vor allem die Verbraucher und die Bauern. Wir Bauern haben die Welt seit 10.000 Jahren mit gesunden Lebensmitteln versorgt. Doch wie sieht dies bei GMO-Lebensmitteln aus? Es muss darauf geachtet werden, dass eine gentechnikfreie Züchtung möglich bleibt.

Der Prozess läuft...

Dies sieht der Generaldirektor der EU-Kommission für öffentliche Gesundheit und Verbraucherschutz, Eric Pondelet, ähnlich. Er sagte zum Abschluss, biologische Vielfalt müsse erhalten bleiben und die biologische Landwirtschaft dürfe man nicht ersticken. Je nach Land beträgt sie zurzeit 5–15% der Landwirtschaft und sie soll in naher Zukunft in der EU auf 15–20% steigen. Der Aktionsplan für den neuen Gesetzesentwurf soll bis Mitte 2009 erstellt werden. Danach wird eine Folgenabschätzung mit verschiedenen Optionen verfasst werden, wozu Regierungen und Verbände gehört werden. Ein Gesetzesvorschlag soll bis ca. 2011 vorliegen, dann werden Rat und Parlament darüber diskutieren. Der Gesetzgebungsprozess kann sich also noch hinziehen...

Ich bin der Meinung, solange es Menschen gibt, die Nahrung benötigen, werden sich immer Bauern und Züchter finden, die sich verantwortungsvoll für die Ernährung der Menschen und Tiere einsetzen. So wird unsere Erde weiterleben, auch ohne die industriellen Züchter, die jetzt die Macht übernehmen wollen.

Gerhard Portz, Bauer aus Bekond(RIP)



„...legitimiert durch die Saatgutindustrie...“

Industriellobbyist kritisiert Weltagrarbericht

Am 18 März fand in Brüssel die Konferenz der EU-Kommission zur Sicherstellung der Saatgutverfügbarkeit im 21. Jahrhundert statt. Sie diente dazu, die Ergebnisse einer Evaluation des europäischen Saatgutrechts vorzustellen und ist Teil der noch bis mindestens 2011 laufenden Überarbeitung der Saatgutverkehrsgesetze. Garlich von Essen, der Vertreter der europäischen Saatgutindustrie, ist professionell und rhetorisch gut geschult: Man könne ihn gern einen Lobbyisten nennen. Und den Hinweis auf die Forderungen des Weltagrarberichtes wies er mit der Äußerung zurück, er sei durch die Saatgutindustrie legitimiert, anders als einige, die eine obskure Gruppe verträten, deren Legitimation fraglich sei. Da versucht ein Industrieverband, Pflöcke einzuschlagen – die Saatgutverkehrsgesetze sind aber nicht für die Saatgutindustrie gemacht, sondern sind ursprünglich Verbraucherschutzgesetze. Mit diesem Selbstbewusstsein müssen die Verbände, die sich für einen vielfältigen Saatgutmarkt einsetzen, in den nun folgenden Diskussionen auftreten. Auf der Konferenz in Brüssel waren ca. 150 Menschen, in der Mehrzahl VertreterInnen der staatlichen und der EU Verwal-

tungen sowie der Saatgutindustrie zugehen. Mit Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, dem Vorsitzenden der AbL, war ein Vortrag gesetzt, der die Forderungen „Recht auf freien Nachbau, gentechnikfreies Saatgut sowie eine vereinfachte Zulassung von Erhaltungssorten, Sorten für den Ökolandbau und Sortenmischungen“ vortrug. Er verwies auch auf den von UN-Organisationen unterstützten Weltagrarbericht, in dem 400 VertreterInnen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik eine Umkehr in der Agrarpolitik fordern. Neben diesen beiden klar politischen Rednern gab es eher wissenschaftliche Vorträge über die wirtschaftliche Bedeutung des Saatgutsektors, neue Techniken der Pflanzenzüchtung (hier ist eine Wortmeldung aus den Reihen der Europäischen Züchtungsunternehmen zu erwähnen, mit der darauf hingewiesen wurde, dass doch nach wie vor 90% der Züchtungsarbeit auf konventionellen Methoden beruhe) sowie Beispiele aus Kanada, Frankreich, Schweden und Tschechien.

Nachzulesen sein werden die Vorträge auf Englisch unter: http://ec.europa.eu/food/plant/seed_conf/index_en.htm

Antje Kölling und Siegrid Herbst



... und ist standhaft.

Fotos: Herzog

Mit Postkarten und heimischem Futter

Gründung der gentechnikfreien Anbau- und Fütterungsregion Oberallgäu – Kempten

Keine Gentechnik in Luxemburg

Ende März kündigte der luxemburgische Gesundheitsminister Mars Di Bartolomeo ein Anbauverbot der gentechnisch veränderten Maissorte MON810 an. Luxemburg schließt sich damit den EU-Ländern Österreich, Ungarn, Frankreich und Griechenland an, die sich ebenfalls der EU-Richtlinie zur Zulassung des Genmais widersetzen. Di Bartolomeo begründete seine Entscheidung mit möglichen Risiken für Umwelt und Mensch, die von der Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen ausgehen könne. Umfragen haben ergeben, dass 83 Prozent der Bürger Luxemburgs und zwei Drittel seiner Gemeinden die Gentechnik ablehnen. *mh*

Durchwuchs erforschen

Im Auftrag des Bundesforschungsministeriums sucht das Julius Kühn-Institut Bauern und Bäuerinnen, die Raps anbauen und bereit sind die jeweiligen Flächen für eine Studie zur Verfügung zu stellen. Es geht um Untersuchungen zum Durchwuchs, die zwar jetzt mit nicht gentechnisch verändertem Raps durchgeführt werden, deren Ergebnisse aber auf die in Nordamerika bereits für große Schwierigkeiten sorgende Durchwuchssproblematik mit Genraps angewendet werden sollen. *cs*

Die Sorge über die Entwicklungen im Bereich der Agro-Gentechnik trieb einige Leute bei uns im Allgäu schon lange um“, sagt Elisabeth Waizenegger, AbL-Bäuerin, Vorstandsmitglied im Bioring Allgäu und eine der Mitstreiterinnen für die gentechnikfreie Region Oberallgäu. „Aber wie umsetzen?“ 2006 gab es bereits Initiativen, die Kreisverbände des Bayerischen Bauernverbands (BBV) im Ober- und Unterallgäu hatten begonnen, bei den Bauern Selbstverpflichtungserklärungen zu sammeln. Die Bemühungen waren dann aber ins Stocken geraten. Ende 2006 fand eine große Veranstaltung zur gentechnikfreien Fütterung mit Josef Feilmeier statt, der viele weitere folgten. Der Durchbruch war wahrscheinlich die Schlepperdemo Ende März 2007 in Kempten, die von Bioland, Bund Naturschutz Bayern und dem Bioring Allgäu organisiert wurde. Mit 70 Schleppern hatten konventionelle und biologisch arbeitende Betriebe gemeinsam für eine gentechnikfreie Landwirtschaft demonstriert. Hier stieß auch der BBV-Kreisverband Oberallgäu dazu. Ortsbäuerinnen und Ortsobmänner sind angestoßen worden, in den Wintermonaten bei den Versammlungen Selbstverpflichtungserklärungen zu sammeln. Im Juni 2007 stimmte der Oberallgäuer Kreistag fast einstimmig (!) dem Antrag der Grünen zu

und erklärte das Oberallgäu zur gentechnikfreien Region. Landrat Gebhard Kaiser unterstützt die Initiative ausdrücklich: „Zur Bewahrung und Weiterentwicklung unserer Region sowie als Standortvorteil ist die Agro-Gentechnik-Freiheit unverzichtbar.“ Neben einer großzügigen finanziellen Unterstützung war das Landratsamt federführend an der Erstellung der Ausstellung „GENial – für ein Allgäu ohne Gentechnik“ auf der Allgäuer Festwoche, einer jährlichen Wirtschaftsausstellung, im August 2008 beteiligt.



Postkarten werben GENial für ohne Gentechnik

Über den Winter 2008/2009 wurden nochmal verstärkt Selbstverpflichtungserklärungen gesammelt, und Anfang März war es dann soweit: Die Agro-gentechnikfreie Anbau- und Fütterungsregion Oberallgäu-Kempten wurde ausgerufen. „Von 2.200

Landwirten haben bereits 1.600 Betriebe die Selbstverpflichtung unterschrieben, dass sie kein gentechnisch verändertes Saatgut einsetzen und kein gentechnisch verändertes Futter zukaufen“, so Elisabeth Koch, stellvertretende Kreisbäuerin des Kreisverbandes Oberallgäu. Die Bündnisvertreterin Monika Mayer betonte: „Durch unser Einkaufsverhalten haben wir eine enorme Nachfrage an GVO-freien Futtermitteln geschaffen. So ist es uns gelungen, das gentechnikfreie Futtermittelangebot zu vervielfachen. Mittlerweile gibt es in unserer Gegend 12 Mischfutterwerke, die GVO-frei anbieten, vor zwei Jahren waren es gerade mal zwei!“

„Für mich ist im Verlauf dieser ganzen Zeit immer deutlicher geworden, wie wichtig es ist, Allianzen zu schmieden und Netzwerke zu bilden über alle Gräben hinweg. Denn den Kampf für unser Recht auf gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft können wir nur gemeinsam gewinnen“, so Elisabeth Waizenegger. Es bleibt noch viel zu tun: „Zum einen besteht noch großer Informationsbedarf bei Verbrauchern, Verarbeitungsbetrieben und Handel. Zum anderen wollen wir, zum Erhalt der Wertschöpfung in unserer Region, Marktallianzen bilden und arbeiten an einer Auslobung unserer Produkte: „Aus dem Allgäu – ohne Gentechnik.“

Annemarie Volling

Gabriel entscheidet sich

Bundesumweltminister stimmt in der EU gegen Gentechnik, anstatt sich wie üblich zu enthalten

Nachdem Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) gegen ein Ende des Anbauverbotes von Genmais Mon 810 bzw. T25 in Österreich und Ungarn im EU-Ministerrat gestimmt hatte, bekam er, zurück in Deutschland, viel Zuspruch. Unter anderem die AbL, Bioland und Greenpeace lobten Gabriel und forderten ihn gleichzeitig auf, auch bei den kommenden Abstimmungen seine Haltung beizubehalten. Gabriel sagte, es sei nicht einzusehen, warum die EU die Bürger wegen der Interessen eines US-Konzerns gegen sich aufbringen sollte. „Ich kann den gesellschaftlichen Mehrwert der Produkte von Monsanto nicht erkennen“, sagte er. Die Firma bringe Landwirte mit ihrem gentechnisch veränderten Saatgut „in Abhängigkeit“. Mit seiner eindeutigen Entscheidung sendet er die Botschaft an Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU), sich gegen den Vorschlag

der EU-Kommission, erstmals seit 1998 zwei neue Gentechnik-Maissorten in Europa zum Anbau zulassen zu wollen, zu positionieren. Allerdings bedeutet das Stunk. Während Gabriel „nur“ den Zorn des Koalitionspartners mit seiner Haltung auf sich zog – Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) erklärte, im Koalitionsvertrag gebe es klare Aussagen zur Forschung und Nutzung der Gentechnik und Gabriel hätte sich enthalten müssen – muss Aigner Kritik aus den eigenen Reihen aushalten. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich bislang weitestgehend aus der heiklen Frage der Gentechnik herausgehalten, intern gibt es aber wenig Zweifel an ihrer forschungsfreundlichen Haltung. Schützenhilfen bekommt Aigner unter Umständen von ihren Kollegen aus anderen EU-Ländern. So forderten die Niederländer beim jüngsten EU-Agrarministerrat in Brüssel, man müsse sozio-

ökonomische Kriterien bei der Zulassung für den Anbau von GVO zu berücksichtigen. Österreich, Ungarn, Frankreich und andere EU-Mitgliedstaaten mit nationalen Anbauverböten begrüßten die holländische Initiative. EU-Agrarratspräsident Petr Gandalovic konstatierte, dass mehr und mehr Mitgliedstaaten GVO national verbieten würden, auch wenn es aus seiner Sicht keine wissenschaftliche Grundlage dafür gebe. Die EU-Kommission lehnt neue Zulassungskriterien ab, schon gar nicht, wenn sie nicht WTO-konform sind. Umso wichtiger ob all dieser Bewegung ist es aus Sicht des breiten gesellschaftlichen Anti-Gentechnik-Bündnisses aus Landwirtschafts-, Umwelt- und Verbraucherorganisationen den Druck auf Politiker aller Couleur aufrecht zu erhalten und damit die gentechnisch kritischen Stimmen unter ihnen zu stärken. *cs*

Bäuerlich, fair und gentechnikfrei

Schwäbisch-Hällische Bauern gegen das Schweinepatent!

Ein paar bürokratische Hürden gebe es noch zu überspringen für die Bauern aus Hohenlohe mit ihren Schwäbisch-Hällischen Landschweinen, die am 15. April den Demonstrationszug durch die Münchener Innenstadt zum Europäischen Patentamt anführen sollen, schmünzelt Rudolf Bühler, Gründer und Urgestein der bäuerlichen Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall. Es geht bei der Demo – man kann es sich denken – um das Patent auf das Schweinegenom von Monsanto, in dessen Antragsverfahren die Einspruchsfrist abläuft. Die Schwäbisch-Hällischen tragen die richtige Symbolik in ihren Specknacken, retteten Bühler und eine Handvoll Bäuerinnen und Bauern die Rasse doch vor über zwanzig Jahren vor dem Aussterben, indem sie wieder mit dem Aufbau einer Zucht begannen. „Und nun

Restaurants gehobener Qualität produzieren. Es gibt inzwischen einen eigenen Schlachthof in Schwäbisch Hall und aus ursprünglich einer ABM-Kraft wurden inzwischen 340 Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Es gibt einen eigenen Beratungsdienst und einen eigenen Zuchtverband. Die Region Hohenlohe in Baden-Württemberg, in der die Betriebe liegen, war eine der ersten, die sich zur gentechnikfreien Region erklärt haben. Und zwar – und das ist Rudolf Bühler ganz wichtig – nicht über vertragliche Verpflichtungen der Bäuerinnen und Bauern, sondern im Sinne des Verursacher-Prinzips: Wer hier Gentechnik anbauen will soll sich outen – und kann sich des Widerstandes der übrigen Bauern und der Bevölkerung sicher sein. Denn die Sensibilität für das Thema ist in Hohenlohe groß, nicht erst seit dem durch

Kurzes am Rande

Bürgermeister gegen Genmais

Die Stadtverwaltung der niedersächsischen Stadt Herzberg lehnt Freisetzungsvorhaben mit gentechnisch verändertem, Herbizid tolerantem Mais in ihrer Stadt ab. Die Pflanzenzüchtungsfirma Syngenta Seeds hat beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit für 2009 bis 2012 Feldversuche im Herzberger Stadtgebiet, nahe Gräfendorf beantragt. Zu ihrem Einladungsgespräch Anfang März sind neben Bürgermeister Michael Oecknigk auch Flächeneigentümer, die Polizei und der Pfarrer eingeladen worden. Der Bürgermeister stellte Fragen zum Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen in der Landwirtschaft und deren Auswirkungen auf den Menschen und die Natur. Er kritisierte die Vorgehensweise der Firma Syngenta. Er vermisste eine umfassende Information und notwendige Vorberatungen mit den Entscheidungsträgern der Stadt und der Region, einschließlich der Öffentlichkeit. mh

Hungern gegen Gentechnik

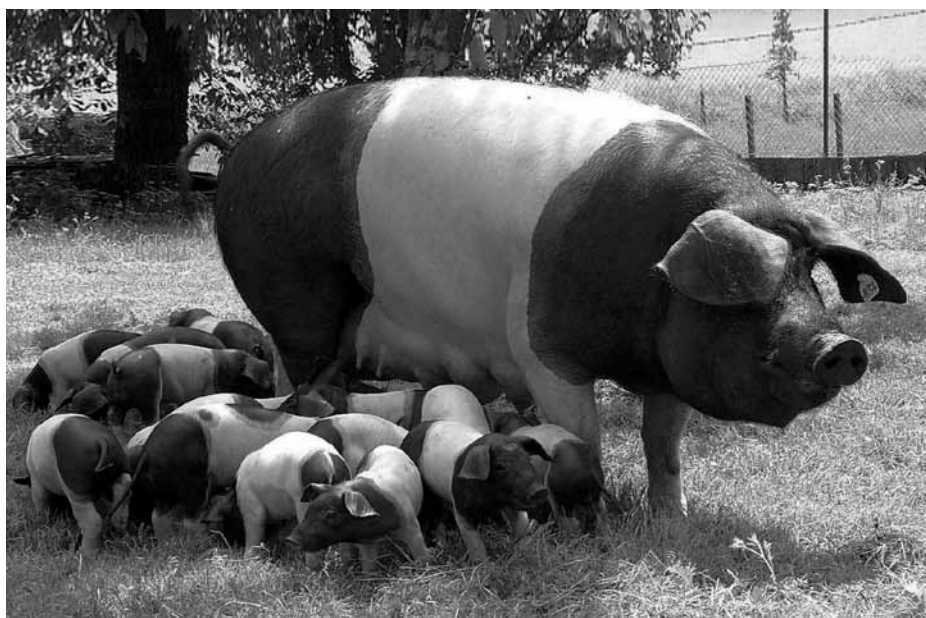
Aus Protest gegen GVO-Anbau in Polen sind zwei Öko-Bäuerinnen in den Hungerprotest getreten. Edyta Jaroszevska hungert seit 12 und Danuta Pilarska seit 8 Tagen. Mit einer Aktion vor dem Landwirtschaftsministerium und zwei Presskonferenzen sind sie an die Öffentlichkeit getreten. Trotz vieler Protestbriefe von Organisationen wie Greenpeace und privaten Personen an den Premierminister, wurde die Kritik von den Medien nicht aufgegriffen. Die Mitunterstützer werfen den Medien vor, den Bürgerinnen und Bürgern Informationen zu diesem Thema vorzuenthalten. mh

Kein Gewinn mit Gentechnik

Die Gentechnik bietet keinen wirtschaftlichen Nutzen und verursacht extrem hohe Kosten. So lautet das Ergebnis einer vom Bund für ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) in Auftrag gegebenen Studie mit dem Namen „Schadensbericht Gentechnik“. Landwirte oder Verbraucher profitieren nicht von der Agro-Gentechnik, nur die Saatgutkonzerne, so Dr. Felix Prinz zu Löwenstein, Vorsitzender des BÖLW bei der Vorstellung Ende März in Berlin. „Wir fordern die Verankerung einer umfassenden Verursacherhaftung und eine Reform des EU-Zulassungsverfahrens“. Außerdem forderte er Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner auf, den Anbau zu stoppen und sich einer Zulassung weiterer gentechnisch veränderter Sorten durch die EU-Kommission in den Weg zu stellen. Christoph Then, Mitersteller der Studie nannte Kosten in Höhe von mehreren Milliarden US-Dollar, die durch Kontaminationsschäden und notwendige Warentrennung entstünden. In den letzten Jahren haben die Saatgutkonzerne die Preise für gentechnisch veränderte Sojabohnen, Mais und Baumwolle stark erhöht, so Then. Studien ergaben, dass Landwirte nur in Extremjahren mit hohem Befallsdruck kurzfristig die Mehrkosten für das gentechnisch veränderte Saatgut wieder erwirtschaften können. BÖLW-Mitarbeiter Peter Röhrig forderte eine faire Kostenverteilung. Wer die Kosten verursacht muss auch bezahlen, so Röhrig. mh

Hessen gegen Bio-Patente

Die hessische Landesregierung setzt sich im Bundesrat für eine Initiative zur Verschärfung der europäischen Biopatentrichtlinie ein. „Endlich hat mit Landwirtschaftsministerin Lautenschläger eine verantwortliche Politikerin den Mut, sich der schleichenden Enteignung der Bauern durch Patente auf Pflanzen und Tiere entgegen zu stellen und das Thema auf die politische Tagesordnung zu setzen, statt es bei Ankündigungen zu belassen“, so Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in einer Stellungnahme. Auch der Vorsitzende des Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) Dr. Felix Prinz zu Löwenstein bekundete: „Wir werden diese Initiative unterstützen, wo wir können.“ Er verwies darauf, dass in den letzten Monaten verstärkt Aktivitäten großer Konzerne zu beobachten seien, sich mit Patenten die Kontrolle über Rassen und Sorten zu verschaffen. Auch die Vereinigung Ökologischer Landbau in Hessen (VÖL) begrüßt die Initiative der Landesregierung. mh



Aus Protest wird die Sau durchs Dorf bis vors Patentamt getrieben.

Foto: BESH

kommt Monsanto und meint, sie könnten ein Patent drauflegen“, fasst Bühler lakonisch zusammen, um was es einmal mehr auch beim Schweinepatent geht – um die Frage: Kann Leben patentrechtlich geschützt werden?

Das große Ganze

Politisches Engagement hat für den Bauern mit dem großen Hut als Markenzeichen, immer dazu gehört, niemals ging es nur um die Wurst. Als er nach sechs Jahren in der Entwicklungshilfe 1984 zurück auf den elterlichen Hof kam, setzte er die Erfahrungen aus Übersee vor Ort um in Projekte für ländliche Regionalentwicklung in Hohenlohe, und gründete 1988 die Bäuerliche Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall mit sieben Kollegen. Mittlerweile sind aus den sieben fast 980 Betriebe geworden, die unter bäuerlichen Qualitätssiegeln und zum Teil nach Bio-Richtlinien Fleisch für 350 Metzger in Süddeutschland und 150

die Bäuerliche Erzeugergemeinschaft organisierten Polit-Musik-Festival „Rock for Nature“ mit gut 70.000 Besuchern im vergangenen Sommer. Die Betriebe der bäuerlichen Erzeugergemeinschaft füttern schon seit ihrer Gründung kein Gensoja. Als Alternative hat man Projekte vor Ort und am Schwarzen Meer initiiert um „der unsäglichen imperialistischen Politik der USA zu entgehen und um vom Sojaanbau aus den Tropen wegzukommen“, Rudolf Bühler sieht immer das große Ganze. Farmers Rights – der freie Zugang zu Saat, Tierzucht, natürlichen Ressourcen und indigenem Wissen ist für ihn ein Grundrecht der Bauern weltweit. Auch deshalb zahlte die bäuerliche Erzeugergemeinschaft schon einen „fair trade“-Aufschlag von 32 Cent auf den Marktpreis für das Kilo Schweinefleisch an die Bäuerinnen und Bauern, als das noch nicht „in“ war und jeder davon redete.

cs

Immer eine Idee weiter

Die Agrargenossenschaft Spreetal im Wandel

Um die Mittagszeit an einem Tag Mitte Januar ist es ruhig auf dem Hof der Agrargenossenschaft Spreetal. Die Jungrinder kauen vor sich hin, die Mitarbeiter sind in der Mittagspause, die Touristen aus Berlin kommen erst, wenn es wärmer wird. Frau Zeidler, Geschäftsführerin und Teilhaberin finde ich im Containerbüro hinter dem Hauptgebäude. Herzlich hereingebeten bleibe ich für fast vier Stunden und stelle Frage um Frage.

Von Anfang an Bio

Die Agrargenossenschaft Spreetal wurde 1991 gegründet, aus der Pflanzenproduktion und der Tierproduktion der alten LPG. Zehn ehemalige Mitarbeiter pachteten das Land, brachten Anteile ein und taten sich als Genossenschaft zusammen. Frau Zeidler war zu dieser Zeit als Agraringenieurin zuständig für die Milchkühe. Wenn sie erzählt, merkt man, dass es eine besondere Zeit war. Zunächst stand die Entscheidung an, wie man den Betrieb in Zukunft bewirtschaftet. Die Flächen der neu gegründeten Agrargenossenschaft liegen zu 100 Prozent im Biosphärenreservat Spreewald. Dies bedeutet, dass es strenge Auflagen zur Bewirtschaftung von Seiten des Gesetzgebers gibt. Also war rasch klar, der Betrieb sollte, auch aus Überzeugung, nach den Regeln des ökologischen Landbaus arbeiten. Die Biomilch verkaufte man zunächst zum Preis der konventionellen. Dann lautete das Abkommen mit der Molkerei, dass der Bioaufschlag für so viel Milch bezahlt werde, wie die Molkerei als Biomilch auch vermarkten kann. Nach und nach erhielt die Agrargenossenschaft für immer mehr Milch den Biopreis, damals 5 Pfennig mehr.

Schwieriger Start

Doch bevor wir in die Diskussion um die aktuellen Milchpreise einsteigen noch einmal zurück an den Anfang. Herr Ludwig, Vorgänger von Frau Zeidler, berichtet von den ersten Jahren, erst die Weiterführung als LPG und dann der Übergang zur Agrargenossenschaft: „Nach der Wende waren zunächst alle Konten gesperrt. Wir haben Frischmilch verkauft, um überhaupt an etwas Bargeld zu kommen und die Mitarbeiter haben auf ihren Lohn verzichtet.“ Kurzerhand gründeten die Mitarbeiter in zwei leer stehenden Lagerhallen die Heidehof-Mühle, in der Schrot und allgemein Futtermittel für sämtliche Tiere hergestellt wurden. Auch Saatgut und Düngemittel

begann man zu verkaufen. Dann stand die Frage an, wie die Milcherzeugung in Zukunft laufen solle.

Umbau der Strukturen

Der Viehbestand wurde reduziert, die Anbindehaltung in Laufstallhaltung umgewandelt und an einem Ort zusammengeführt. Von 700 Kühen mit einer durchschnittlichen Milchleistung von 3.500 Liter / Jahr ging man auf 350 Milchkühe mit einer Leistung von 5.500 Liter / Jahr. Nach dem Umstieg auf Mischfütterrationen liegt der Durchschnitt heute bei etwa 7.500 Liter / Jahr. Die letzten Jahre waren auch geprägt von immer neuen Verhandlungen zum Kauf des Hofes vom Altbesitzer aus dem Westen und Auseinandersetzungen mit der BVVG bezüglich der Tilgung von Altschulden der LPG

halten und wurde wieder mal für verückt erklärt.“ Heute gibt es auf dem Betrieb 80 Sauen in Freilandhaltung, 380 Mastschweine, zwei Eber und immer so 100 bis 130 Ferkel. Wenige Schweine werden lokal direkt an Restaurants verkauft, doch der Großteil der Tiere wird über die Markt-GmbH vermarktet. Es gibt Überlegungen, in Zukunft die Direktvermarktung weiter auszubauen; allerdings mehr in der Umgebung. Denn in Berlin gibt es zwar einen Markt, aber mit 80 km ist die Distanz zur Hauptstadt doch recht groß. Die Milch wird aktuell zu einem kleinen Anteil schon selber verwertet in Form von Bauernhofeis.

Scheunenherberge

2003 entstand die Idee, in einem freigeordneten Kuhstall ein Bauernhof-

Bio-Produkte aus der Region anbietet, ergänzt werden. Denn die Entwicklung der Milch- und Schweinefleischpreise macht weiterhin Sorgen. Herr Ludwig dazu: „Wir haben keine Alternative, allein wegen der Mitarbeiter müssen wir weiter machen. Gut 20 Familien leben von diesem Hof.“ Doch die Milchpreise seien aktuell katastrophal.

Milchpreise machen ratlos

Der Auszahlungspreis für Februar lag bei 34,8 Cent / Liter Biomilch. Das bedeutet für die Agrargenossenschaft einen Verlust von 30.000 € im Vergleich zum Vorjahresmonat. Frau Zeidler dazu: „Wir sind wirklich ratlos, wie das weitergehen soll. Ich werde nachher nochmal ein Gespräch mit der Molkerei führen, aber wir haben ja gar keine Verhandlungsbasis. Der Spot-



Sylvia Zeidler, Geschäftsführerin der Agrargenossenschaft „Spreetal“, voller Energie und Ideen, aber angesichts der Milchpreise aktuell ratlos

Foto: Korpeter

und der Höhe von Pachtzins und Landkaufpreisen. Heute nennt die Agrargenossenschaft 250 ha ihr Eigentum, 750 ha werden dazu gepachtet, fast ausschließlich von Privatpersonen. Die durchschnittliche Bodenwertzahl liegt bei 24 Punkten.

Sauen-Freilandhaltung

Herr Ludwig schmunzelt: „Dann hatte ich die Idee, die Sauen im Freiland zu

café und eine Scheunenherberge – Schlafen im Stroh einzurichten. Umbau, Amtstierarzt, Brandschutz, Briefe an das Ministerium und zurück, doch 2006 war es geschafft: die Scheunenherberge öffnete ihre Pforten und die am Hof direkt vorbeiführende Bundesstrasse spült vor allem im Sommer viele spontane Besucher herein. Sie soll in Zukunft an Bedeutung gewinnen und eventuell mal mit einem Hofladen, der

marktmilchpreis liegt aktuell bei 14 Cent.“ Aus ihrer Sicht müsste man mit der Molkerei einen Vertrag über eine bestimmte Milchmenge und einen festen Milchpreis für ein Jahr abschließen. Die Molkerei müsse dann zusehen, dass sie diese Menge zu dem vereinbarten Preis verkauft bekommt. Doch davon sei man aktuell noch weit entfernt.

Sonja Korpeter

Leserbrief

Blutschwitzen bei Kälbern

Gehäuftes Auftreten von Blutungsneigung beim Kalb

Seit etwa zwei Jahren häufen sich die Krankheitsfälle dieser Art bei jungen Kälbern. Die Symptome zeigen sich wie folgt:

Spontane Hautblutungen. Oft an mehreren Stellen gleichzeitig.

vermehrte Blutungsneigung nach Injektionen und Ohrenmarkensetzen.

Frisches Blut sickert oft aus verschiedenen Stellen am Körper (Nabel, Darm, Haut)

Blutungen aus den Schleimhäuten, Flotzmaul, Nasenöffnungen, Augen.

Ödeme (wassergefüllte Schwellungen) am Hals und im Flotzmaulbereich.

Schwellung der Zunge.

Apathisches Verhalten.

Herzschwäche.

Meist wird zu den Blutungssymptomen auch blutiger Kot abgesetzt.

Fieber bis über 41 °C.

Nicht selten kommt es zu schweren Begleiterkrankungen (z.B. Durchfall oder Lungenentzündung).

noch nicht ausgeschlossen werden.

Es gibt derzeit keine konventionellen Behandlungsmöglichkeiten, die erfolgreich sind. Antibiotika ist hier nicht wirksam. Es schädigt zudem das labile Immunsystem. Dieses Krankheitsbild ist in unserer Praxis- und Arbeitskreistätigkeit schon seit etwa zwei Jahren bekannt. Es konnte bisher noch kein auslösender Faktor gefunden werden. Zur Untersuchung durch den TGD dienen nur verendete Kälber. Die betroffenen Betriebe wurden bisher von den zuständigen Stellen nicht befragt oder analysiert. Wir haben im Januar 2009 mit einer schriftlichen Befragung der Betriebe begonnen. Derzeit haben wir etwa 500 Betriebe erfasst. Es werden in allen Regionen Bayerns diese Erhebungen ausgefüllt, unabhängig davon, ob Blutschwitzen im Bestand schon aufgetaucht ist oder nicht. Die nicht betroffenen Betriebe dienen als Vergleichsgruppe. Es gibt mehrere „Theorien“, was die Ursache für diese Erkrankung sein könnte. Durch die Erhebung wollen wir mehr Klarheit der auslösenden Faktoren bekommen. Bisher konnte beispielsweise noch kein Biobetrieb mit diesen Symptomen ausfindig gemacht werden.



Bisher gibt es keine Erklärung für die spontanen Blutungen bei Kälbern.

Foto: Friedrich_pixelio

Die Krankheitsursache ist gegenwärtig noch ungeklärt. Bei der Untersuchung der verendeten Kälber wurde auch immer eine Zersetzung des Knochenmarks festgestellt. Untersuchungen auf BVD/MD oder Blauzungenvirus waren immer negativ. Betroffene Betriebe waren bislang ausschließlich BVD/MD Impfbetriebe.

Ein Zusammenhang zwischen der Verfütterung von gentechnisch verändertem Soja an die Muttertiere und die daraus resultierende Glyphosat-Belastung durch deren Ausscheidung in die Tränkemilch konnte

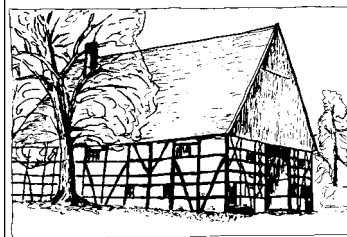
Wir bitten Sie um Mithilfe: Füllen Sie im Internet den kurzen Fragebogen direkt aus: www.nutztierhomoeopathie.de. Dann gehen Sie unter „Aktuelles“ in die Informationsseite des „Blutschwitzens“, dort finden Sie auch homöopathische Behandlungsmöglichkeiten zum Blutschwitzen, die sich schon vielfach bewährt haben.

Birgit Gnadt, Tierheilpraktikerin
Buchautorin und Bäuerin

Montagsmorgen-Blues

Es war Montag. Ein grauer Montag am Ende des Winters. Draußen war es noch dunkel. Erbarmungslos piepte der Wecker, während der kalte Regen auf die Dächer prasselte. Ich wusste: Wenn mir das Aufstehen heute schwer fällt, ist er wieder da. Der Montagsmorgen-Blues.

In der Wärme des Stalls ist er noch erträglich, doch nach beendeter Stallarbeit kennt er kein Erbarmen mehr. Ich werde niemals Ordnung in mein Büro bekommen. Der Hof sieht aus wie ein Schlachtfeld. Alle haben's im Griff, nur ich nicht. An so einem Regentag im Winter fallen mir unendlich viele Gründe ein, mich schlecht zu machen, vor allem wenn so viel repariert, in Ordnung gebracht, geändert werden müsste und ich nicht einen Funken Elan habe. Andere haben es viel besser, denke ich dann. Sitzen jetzt in der



... aus Nordrhein-Westfalen

Firma mit ihren Kollegen zusammen, beim Frühstück, bei einer Besprechung. Ich kannte es ja auch so, in meinem ersten Berufsleben, in der Zeitungsredaktion: Zeitungslektüre (natürlich rein beruflich), mit Kollegen quatschen (Kaffee!), Post öffnen, Telefonate, dann Redaktionskonferenz (Kaffee!), vielleicht ein interessanter Termin, und dann so langsam ans Schreiben. Redaktionsabschluss, Hektik und Druck waren

morgens in weiter Ferne. Der Morgen war damals die schönste Zeit des Tages.

Jetzt aber war Gegenwart. Ich stand auf meinem Hof, die Arbeit türmte sich vor mir auf wie ein unbezwingbarer Berg. Womit sollte ich anfangen? Ich hatte zu nichts Lust. Zum Glück hatte ich noch einen Termin am Nachmittag, einen schönen Termin, auf den ich mich freute. Es ging um ein Werbeplakat für unseren Hof. Ich musste in den Nachbarort, zu Johnnie, der dort eine kleine Druckerei hat. „Zieh deine Fotos auf'n Speicherstift“, gab mir Johnnie am Telefon zu verstehen, „dann machen wir das Plakat direkt am Bildschirm fertig.“ Hörte sich gut an. Nachdem ich mich durch den Tag geschleppt hatte und es endlich vier Uhr war, stieg ich ins Auto und fuhr los. Draußen war es merklich kälter geworden.

In der Druckerei gab ich Johnnie meinen USB-Stick mit den schönsten Bildern unserer Legehennen. Ich hatte sie im Spätsommer am Berghang fotografiert, zwischen den Obstbäumen, mit Blick über das Tal. „Schöne Hühner“, meinte Johnnie, als er das erste Foto auf seinen riesigen Bildschirm geholt hatte. Er hat tatsächlich schöne Hühner gesagt, dachte ich. Auf einmal merkte ich, wie der Blues mich losließ.

Wir wählten ein Foto aus, legten einen Ausschnitt fest, besprachen den Text, die Schriftart und die Schriftgröße. Es sollte ein großes Plakat werden, auf Karton, zum Aufstellen. Als wir fertig waren, meinte Johnnie: „Kannst Du Freitag abholen. Soll ein Rahmen drum?“ „Rahmen wäre nicht schlecht“, überlegte ich. „Komm mit“, sagte er, „Ich zeig Dir welche.“ Und Johnnie führte mich aus dem Büro in den Flur zu seiner Wohnung. Über einer Kommode hingen gerahmte Fotos an der Wand: Schwarzgelockte Kühe mit schwarzgelockten Kälbern. Bärenhafte, zottelige Galloways. Dazwischen er: Johnnie mit seinen Galloways auf der Weide; Johnnie mit seinem alten Unimog. Johnnie, der Drucker, war Bauer aus Leidenschaft. Bestimmt hätte er gerne einen Hof geerbt.

„Schöne Rinder“, stellte ich fest, und Johnnie begann zu erzählen: Von der Zeit, als er noch Produktionsleiter in einer großen Druckerei war, von der Hektik, von dem Druck. „Es gab nichts Schöneres, als nach einem stressigen Tag in der Druckerei bei meinen Rindern zu sein und Zäune zu reparieren.“ Dann zeigte Johnnie auf seine Tiere und meinte: „Wenn ich's noch mal entscheiden könnte, würde ich dies hier zum Hauptberuf machen.“

Das saß. Nachdenklich stieg ich wieder in meinen Bulli und fuhr zurück nach Hause, nach Hause zu einem Hof, von dem ich lebe, von dem meine ganze Familie lebt. Während ich auf der Fahrt nach Hause über meinen Hof nachdachte und darüber, wie viele Möglichkeiten ich hatte, zu tun, was mir Spaß macht, zu tun, was mir liegt, begann es sanft zu schneien. Gedankenverloren starrte ich auf das vor mir fahrende Auto, während die Flocken leicht und leise schwebten. Es war kälter geworden, der Regen hatte sich in Schnee verwandelt. Meine Gedanken, die am Morgen noch schwer gewesen waren wie dicke Regentropfen, wurden leicht, federleicht wie Schneeflocken.

Knollenziest und Holter Palme

Der Frühling naht und der Bauerngarten wartet auf seine Bestellung. Doch woher kommen die Samen, die in Wochen und Monaten Salate, Gurken, Kohl und Lauch hervorbringen sollen? Wer bestimmt, wie viele und welche Sorten angeboten werden? Wie schön das Gefühl, wenn man weiss, dass engagierte Menschen, die ein Interesse daran haben, eine möglichst große Sortenvielfalt zu erhalten, sich mit der Saat für den eigenen Garten beschäftigen. Die Samenpflanzen einzeln auswählen, überwintern, die Samen ernten, trocknen und verschicken. Wer aber steckt hinter dem Ganzen? Das Buch „Reichtum ernten“ führt seine Leser durch die Welt der Samengärtnerei. Es zeigt die Schwierigkeiten der Saatgutvermehrung, streift das Bundessortengesetz und die Europäische Saatgut-Richtlinie. Die trockene, aber wichtige Materie wird kurz und leicht lesbar behandelt. Viel Raum kommt den Akteurinnen und Akteuren des Erhalts und der Vermehrung zu.

Die kleine Schar der vorgestellten Gärtnerinnen ist dabei fast genauso vielfältig wie die Sorten, die sie züchten. Vom rotschöpfigen Kohlzüchter aus Ostfriesland bis zur engagierten Tomatenliebhaberin. Von der politisch engagierten Selbstversorgerin bis zum ehemaligen Honorarprofessor für Gehölzkunde. Bei jedem Portrait wird deutlich, dass es den „lokalen Helden“ um weit mehr als ein Sammeln aus Leidenschaft geht. Nutzpflanzenvielfalt ist eine kulturhistorische Leistung, die eng mit den Menschen in den Regionen verbunden ist. Die Vielfalt aufzugeben bedeutet, seine Wurzeln zu verlieren und sich zukünftige Freiheiten zu verbauen. Weil das Buch auch den Weg in den eigenen Garten bereiten soll, werden Moschuskürbis, Neuseeländer Spinat, Knollenziest und viele Andere im hinteren Drittel ausführlich vorgestellt. Ein schon lange überfälliges Buch. Gut geschrieben, mit vielen, sehr schönen Bildern von Personen, Gärten und Pflanzen.



Ute Klaphake, Dierk Jensen, Karin Lüdemann; *Reichtum ernten Vielfalt im Gemüsebeet*; 24,8 x 23,5 cm (LxB); ISBN: 978-3-440-11282-3; 19,95 EUR zu beziehen über den AbL-Verlag

Mehr Wohlstand durch weniger Freihandel

Ökonom Binswanger plädiert dafür, Landwirtschaft vom Freihandel auszunehmen. Sein Buch sei kein Plädoyer gegen Freihandel an sich, denn bei vielen Gütern und Dienstleistungen führe Freihandel zu erheblichen Wohlstandsgewinnen. Das gelte aber nicht für die Landwirtschaft. So endet das kleine Buch von Mathias Binswanger, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz. Binswanger beginnt sein kleines Buch damit, dass er die Theorie der komparativen Kostenvorteile von David Ricardo vorstellt. Ricardo kämpfte im damaligen England gegen den Zeitgeist, der für die Aufrechterhaltung der hohen Einfuhrzölle war, mit denen die Insel damals ihre Wirtschaft gegen die kontinentale Konkurrenz abgeschottet hatte. Ricardo wollte seine Landleute davon überzeugen, dass England von dem Abbau der Zölle profitieren würde, und wählte das berühmte Beispiel. Darin beschrieb Ricardo, warum es sowohl für England als auch für Portugal vorteilhaft wäre, wenn sich England auf die Herstellung von Tuch und Portugal auf die Herstellung von Wein konzentrieren würden. Beides konnte Portugal da-

mals deutlich billiger (mit weniger Arbeitsstunden) produzieren als England. Aber Ricardos Berechnung der komparativen Kostenvorteile ergab (und sollte ergeben), dass beide Länder mehr Produktionsumsatz mit der gleichen Zahl an Arbeitsstunden machen würden, wenn Portugal die Tuchproduktion aufgeben und sich auf Wein spezialisieren würde, und England eben umgekehrt keinen Wein erzeugen würde und sich auf Tuchproduktion spezialisieren würde. Binswanger nimmt das Beispiel nicht nur auf die Schuppe, weil das weinlose England dabei – anders als Portugal – auf nichts verzichten musste. Er zeigt auch, dass die Rechnung weder für das damalige Portugal aufging noch heute für Entwicklungsländer aufgeht, die ihre Grenzen für Industriegüter und Dienstleistungen aus dem Norden öffnen. Portugal steigerte zwar die Weinproduktion, aber die Nachfrage nach Wein wuchs weit weniger stark als die Nachfrage nach Tuch. Die Außenhandelsbilanz Portugals sackte – bezogen auf die beiden Produkte – ab, Portugal verkaufte nicht so viel mehr Wein, wie es an Tuch-Importen zulassen musste. Die Entwicklungsländer trifft es heute noch härter als das damalige Portugal. Die 50 ärmsten Staaten (LDC) sind seit ihrer Anfang der 1980er Jahre begonnenen Marktöffnungen von ehemaligen Netto-Exporteuren von Agrargütern zu Netto-Importeuren geworden. „Das ist genau das Gegenteil dessen, was gemäß der Theorie der komparativen Vorteile hätte eintreten

sollen“, so Binswanger.

Noch etwas stimmt mit der Theorie nicht überein: Die Agrarproduktion in den Industrieländern ist trotz der vergangenen Liberalisierungsschritte im internationalen Agrarhandel nicht zurückgegangen, auch nicht ihr Export. Das führt Binswanger auch auf die staatlichen Zahlungen in den Agrarsektor zurück. „Gerade diese Subventionen machen den Freihandel interessant, da sich auf diese Weise hohe Gewinne bei einigen Großbauern und bei den im Agrobusiness tätigen Konzernen erzielen lassen. Und die Lobbyarbeit dieser Interessengruppen hat wesentlichen Einfluss auf die Handels- und Agrarpolitik in den Ländern.“

Binswanger misst der Landwirtschaft in der Handelstheorie eine Sonderrolle zu. Zum einen ist sie auf den Boden angewiesen und der lässt sich eben nicht einfach vermehren oder unendlich auslaugen. Zum zweiten sei die Nachfrage nach Nahrungsmitteln vergleichsweise unelastisch, d.h. sie steigt kaum an, wenn die Preise sinken. Das sind nur zwei Gründe, die Binswanger anführt, warum die Landwirtschaft aus dem Freihandel ausgeklammert werden sollte.

uj

Mathias Binswanger: *Globalisierung und Landwirtschaft. Mehr Wohlstand durch weniger Freihandel. Wiener Vorlesungen. Edition Gesellschaftskritik. Picus Verlag Wien. 62 Seite, 8,90 Euro. Zu beziehen über den ABL-Verlag.*

Mathias Binswanger

*Globalisierung
und Landwirtschaft
Mehr Wohlstand durch
weniger Freihandel*

Wiener Vorlesungen
Edition Gesellschaftskritik · Picus

Monsanto – mit Gift und Genen

Auch wenn man sich mit Gentechnik schon ganz gut auskennt und den Film zu Monsanto's Machenschaften schon gesehen hat: Das Buch „Mit Gift und Genen“ der mutigen Filmautorin und Bauertochter Marie-Monique Robin muss man unbedingt lesen, weitergeben, empfehlen und verschenken. So akribisch recherchiert, so gut lesbar ist dieser Report darüber, „wie der Biotech-Konzern Monsanto unsere Welt verändert“. Da erfährt man unglaubliche Skandale aus der Monsanto-Zusammenarbeit mit Militärs und Regierungen, über vertuschte PCB- und Dioxin-Vergiftungen in den USA und Vietnam. Da wird enthüllt, wie das Herbizid Roundup verarmlos und durch die Zulassungen geschleust wird. Wie Behördenmitarbeiter, Wissenschaftler und Journalisten mundtot gemacht werden, wenn sie die dürrtigen Unterlagen für die Zulassung des Rinderwachstumshormons BST kritisieren und Erkrankungen aufdecken. Wie Entwicklung und Zulassung von Roundup-Ready-Pflanzen rücksichtslos vorangetrieben werden, als Monsanto's Patent auf Roundup dem Ende entgegengeht. Wie man Zulassungen erreicht, wenn man bei Tests das komplexe Mittel Roundup (mit Zusatzstoffen) durch den bloßen Wirkstoff Glyphosat ersetzt. Wie Forscher behindert werden, die Tests nachprüfen und wiederholen wollen und auf Krebsrisiken hinweisen. Wie Monsanto die falsche Behauptung

von der Gleichheit konventionell und gentechnisch gezüchteter Pflanzen lanciert, wie einflussreiche Personen zwischen Regierungs- und Monsanto-Posten hin- und herwechseln, wie selbst UN-Organisationen oder die europäische EFSA auf den Monsanto-Pfad gebracht werden. Wie Patente auf Lebewesen durchgesetzt werden sollen, wie Monsanto's GVOs den Süden angreifen, wie Multis die Welternährung kontrollieren ...

Ein Buch, das informiert, schaudern lässt und aufrüttelt, das zornig, entschlossen und aktiv macht – gegen einen skrupellosen Konzern, der mit seinen Machenschaften und seiner Risikotechnologie, aber letztlich doch auf ökologisch, moralisch, ökonomisch und politisch tönernen Füßen steht. *en*

Marie-Monique Robin, *Mit Gift und Genen*, DVA, München, 2009, 464 Seiten, 19,95 Euro.



Kurzes am Rande

Tatort Klimawandel

Bernhard Pötter hat die Erde bereist und nach den Auswirkungen des Klimawandels und ihren Verursachern gesucht. Bei seinen Recherchen traf er unter anderem auf den texanischen Ölgigant „ExxonMobil“. Diese ökonomische, ökologische und politische Supermacht, das reichste Privatunternehmen der Welt, ist gleichzeitig der größte Feind des Klimaschutzes, weil es Gewinne macht ohne Rücksicht auf Mensch und Umwelt. Der Autor heftet sich aber nicht nur an die Fersen der Mitverursacher und Profiteure der Umweltkatastrophe. Tausende Familien aus Bangladesch, Küstenbewohner des Pazifik, sogenannte Klimaflüchtlinge, sind die Opfer von Dürre und Überschwemmung. „Inzwischen sind mehr Leute wegen Umweltzerstörung auf der Flucht als wegen Kriegen: 25 Millionen“. Zahlen, die selten an die Öffentlichkeit gelangen. Pötter widerlegt Argumente von „Klimaskeptikern“, die trotz alarmierender Zustände weiterhin die Veränderung des Klimas ignorieren. Er liefert Zahlen und Fakten zu den Klimakillern Öl, Kohle, Flug- und Autoverkehr.

Dieses Buch ist eine Anklage wegen Mittäterschaft und zeigt gleichzeitig auf Millionen von Opfern, die von Vielen nicht gesehen werden. „Tatort Klimawandel“ ist ein wahrer Krimi. Hartnäckig recherchiert und hinter die Fassaden blickend. *mh*

Bernhard Pötter, *Tatort Klimawandel; Täter, Opfer und Profiteure einer globalen Revolution*; 264 Seiten, oekom verlag, 2008, ISBN 978-3-86581-121-9, 19,90 Euro; zu beziehen über den ABL-Verlag



Wandern mit Bauern

Eigentlich spricht man den Bauern und Bäuerinnen ab, die Schönheit der Landschaft wahrzunehmen, weil sie tagtäglich darin arbeiten. Götz Schmidt von der AG Ländliche Entwicklung der Uni Kassel ist über viele Jahre mit Bauern und Bäuerinnen durch die sie umgebende Landschaft gewandert und hat mit ihnen Gespräche geführt. Dabei hat sich ein durchaus differenzierteres Bild ergeben. Zwar war es für die meisten, die Schmidt besucht hat, schon erst einmal ungewöhnlich, überhaupt zu wandern um des wanderns willen, bewegen sie sich sonst meist nur einen Zweck verfolgend durch die Landschaft. Die Wahrnehmung der Landschaft, beziehungsweise ihrer Schönheit, ist, so stellte sich heraus, tatsächlich eine andere als bei dem Sonntagsnachmittagsspaziergänger aus der Stadt. Sie ist viel komplexer und verbindet sich immer auch mit der Nutzung der Landschaft. Schön ist, was gut bewirtschaftet ist oder Geschichten aus der Kindheit erzählt oder einen Fluchtpunkt aus dem Alltagstrott verheißt. Eine Anhöhe, die Überblick verschafft, den Blick klärt oder ein Aussichtspunkt auf Tiere, denen es gut geht, wird als schöner Platz wahrgenommen. Landschaft ist für Bauern und Bäuerinnen nicht einfach nur schön, sie erzählt etwas. Götz Schmidts lesenswerter Beitrag über die Wanderungen mit Bauern und Bäuerinnen ist erschienen in den Arbeitsergebnissen, einer regelmäßigen Schriftenreihe des Fachgebietes Landnutzung und Regionale Agrarpolitik der Universität Kassel. *cs*

Arbeitsergebnisse Heft 62, Herg.: Universität Kassel; Fachbereich 11; Landnutzung und Regionale Agrarpolitik; 58 Seiten; 6 Euro, Zu beziehen über den ABL-Verlag.



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2009 2008 2007 2006 2005 2004 2003
 19,80 € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

-Expl. Aus dem Moor, Stückpreis 11,00 € NEU!
 - Expl. Ein Bauer erzählt, Stückpreis 10,00 € NEU!
 - Expl. Schubkarrenrennen, Stückpreis 11,00 €
 - Expl. Nehmt und Euch wird gegeben, Stückpreis 27,40 €
 - Expl. Bewegte Zeiten, Stückpreis 9,90 €
 - Expl. Der Wollmützenmann, Stückpreis 11,90 €
 - Expl. Matthias Stührwoldt live, CD, Stückpreis 13,90 €
 - Expl. Verliebt Trecker fahren, Stückpreis 9,90 €
- weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,-€); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de, Anzeigenschluss für Bauernstimme Mai 2009 ist am 17. April 2009.

Hof und Arbeit

● Für ein Bio-Streuobstprojekt mit alten Apfelsorten in Bielefeld (u.a. mit einem Sortengarten mit ca. 300 verschied. Apfelsorten sowie Direktvermarktung von Saft und Obst) suche ich ohne Zeitdruck eine engagierte Person, die über obstbauliches und technisches Grundwissen verfügt, selbständiges Arbeiten gewöhnt ist, besonderes Interesse am Thema „Alte Obstsorten“ mitbringt und sich vorstellen kann, auch längerfristig mitzuarbeiten oder (evtl. als Partner/Nachfolger oder mit eigenen Schwerpunkten, z.B. Baumschule für alte Sorten) in das Projekt einzusteigen. Kontakt: ☎ 0521-121635 oder alte-apfelsorten@web.de

Tiermarkt

● Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609



Homöopathie im Milchviehbetrieb

01. April 2009, Palling/Oberbayern
Treffen des Arbeitskreises der Interessengemeinschaft Homöopathie für Nutztiere
20 Uhr, Palling Michlwirt, Infos unter ☎ 08642-5211 oder www.nutztierhomoeopathie.de

Keine Gentechnik auf dem Acker – bleibt es dabei?

02. April 2009, Rendsburg
Folgende Beiträge sind geplant: Konfliktfelder zwischen expandierender Landwirtschaft, der Nutzung transgener Organismen und Naturschutz, Prof. Klaus Dierßen, Ökologie-Zentrum der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Alternativen zur Gentechnik – wie finden wir Wege in eine lebensfreundliche Zukunft? Barbara Maria Rudolf, Bioland-Bäuerin aus Silberstedt, und Carola Ketelhodt, Vorstand des Bioland Landesverbandes Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. Aktueller Stand der Gentechnikgesetzgebung – was folgt für Landwirte und Verbraucher? Dr. Hans-Georg Starck, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein. Wie bleibt die Landwirtschaft in Anbau, Handel und Verarbeitung frei von Gentechnik? Bernd Voß, AbL. Risiken nationaler und europäischer Gentechnikkolitik für die Landwirtschaft, Stephan Gerstner und Heinrich Kröger, beide Bauernverband Schleswig-Holstein. Bienen kennen keine Ackergrößen, Fridolin Brandt, Imker.

9.00 bis 16.45 Uhr, Akademie für Natur und Umwelt, Flintbek, Anmeldung: Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein, Susanne Klein, ☎ 04347 704-787, Fax: -790, www.schleswig-holstein.de/AFNU/DE/Service/VeranstaltungenTermine/Anmeldung/anmelde_Formular.html

Imkerdemo

03. April 2009, Berlin
Die Bienen ziehen nach Berlin, um Politik und Zulassungsbehörden den Stachel zu zeigen und Flagge zu zeigen gegen die Zulassung von systemischen Pflanzenschutzmitteln und für die Zukunft der Honigbienen. Anlass: Im Frühjahr 2008 kam in Baden-Württemberg die Spitze eines Eisberges zum Vorschein, als ein systemisches Insektizid namens Clothianidin 11.500 Honigbienvölker vergiftete. Wir fordern eine dauerhafte Lösung des Problems statt einer dauernden Ursachenverschiebung. Eine dauerhafte Lösung ist die Anpassung oder Neuaufgabe der Zulassungsverfahren in Absprache mit den Landwirten und Imkern.

Beginn: 10 Uhr vor dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), Diederdsdorfer Weg 1, 12277 Berlin. Kontakt: Bernhard Heuvel, ☎ 0177-4864748, Mail: bernhard@imkerdemo.de, Weitere Infos unter: www.imkerdemo.de/Dokumente/Imkerdemo_Berlin.pdf

Veranstaltungen

Von der Lüneburger Heide zum Lüneburger Wald

05. April 2009, 29556 Hösseringen
Eröffnung der neuen Ausstellung im Museumsdorf Hösseringen, dem Landwirtschaftsmuseum der Lüneburger Heide. Die Ausstellung ist bis zum 31.10.2010 zu sehen.
Museumsdorf Hösseringen, ☎ 05826-1774, Fax: -8392, www.museumsdorf-hoesseringen.de

Eherecht und Landwirtschaft

22. April 2009, Hohebuch
„Vo(r)m Standesamt zum Notar“ ist Titel des Informationstags, zu dem das Evang. Bauernwerk und der LandFrauenverband junge Paare aus der Landwirtschaft – mit und ohne Trauschein – einladen zu den Themen: rechtliche Konsequenzen der Eheschließung und einer möglichen späteren Aufhebung sowie Ehevertrag für Paare in der Landwirtschaft. Unter der Leitung von Veronika Grossenbacher und Beate Armann referieren der Steuerberater Bernd Meyer zu Bestenhorst sowie der Rechtsanwalt Jens Keller
Anmeldung bis 17. April bei: Evang. Bauernwerk, Frau Scherer, ☎ 07942 107-74, Fax: -77, www.hohebuch.de

7. Pflanzenmarkt in Witzenhausen

26. April 2009, Witzenhausen
„Von Akelei bis Zucchini und Zauberkraut“ unter diesem Motto herrscht buntes Treiben am Sonntag von 10 bis 17 Uhr im und um das Tropengewächshaus der Universität. Ob Gemüse, Stauden, Bäume oder Kräuter, spezielle Kartoffelsorten oder Erdnuss- und Papayapflänzchen, hier gibt es Alltägliches und Raritäten. Führungen durch das Tropenhaus, Musik von „TonfürTon“ und natürlich Speisen und Getränke runden das Angebot ab.
Infos: www.uni-kassel.de/agrar/tropengewachshaus, ☎ 05542 98123-1, Fax: -0

Energieerzeugung vor Ernährungssicherung

13. bis 15. Mai 2009, Loccum
Biomasse im Spannungsfeld von Energiesicherung und Hungerkrise: Internationale Tagung der Ev. Akademie Loccum in Kooperation mit dem Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN). Auf der Tagung werden die Ausbauziele zur energetischen Nutzung von Biomasse aus Klima- und Umweltschutzgründen dargestellt. Die Strategien von Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern werden exemplarisch von Referenten aus den USA, Brasilien und Afrika dargestellt. Positive Nutzungsmöglichkeiten und negative Auswirkungen der Bioenergieproduktion werden am Beispiel Tansanias und Äthiopiens konkretisiert.
Anmeldung: Evangelische Akademie Loccum, ☎ 05766 81-0, Fax: -900, www.loccum.de

Bodenanalyse und Bodenmanagement

10. Juni 2009, 37130 Rittmarshausen
Praxis-Seminar für landwirtschaftliche und gärtnerische Betriebe mit Intensivkulturen zu den Fragen: Wie viel Wasser kann mein Boden bei Starkregen speichern? Wie viel Trockenheit fängt mein Boden auf? Wie muss Boden bewirtschaftet werden, damit seine ökologische Funktionsfähigkeit optimiert wird? Neben einer ca. einstündigen Einführung steht die Bodenansprache im Feld anhand der qualitativen Bodenanalyse im Mittelpunkt. Ziel des Feld-Workshops ist es, den eigenen Boden selbst beurteilen zu können, Strukturqualitäten erkennen und daraus Bewirtschaftungsentscheidungen abzuleiten. Referentin ist Dr. Andrea Beste vom Büro für Bodenschutz & Ökologische Agrarkultur in Mainz von 14 bis 18 Uhr in der Bioland-Gärtnerei Backfisch/Ohmes GbR in 37130 Rittmarshausen bei Göttingen, Anmeldung bis zum 05. Juni bei: Ökoring e.V., ☎ 04262 9590-70, Fax: -66

Sternmarsch nach Alt Tellin

18. März
Die Bürgerinitiative „Leben am Tollensetal“ ruft für den 18. März zu einem Sternmarsch nach Alt Tellin in Mecklenburg-Vorpommern gegen den Bau von Europas größter Ferkelproduktionsanlage auf.
Beginn: 14.00 Uhr an drei verschiedenen Standorten. Geplant ist eine kurze Kundgebung um 15.30 Uhr und ein Bürgerfest in Alt Tellin. Infos: 03999/136723

Verhandlung Niedermöllrich

23. April 09, voraussichtlich mündliche Verhandlung im Gerichtsverfahren wegen einer Freisetzung von Monsanto GV-Mais in Niedermöllrich
Verwaltungsgericht Braunschweig, Am Wendentor 7, 11:00 Uhr Sitzungssaal 1

Verhandlung Gatersleben

23. April 09
voraussichtlich mündliche Verhandlung im Gerichtsverfahren wegen Zerstörung einer Freisetzung von GV-Weizen in der Genbank Gatersleben,
Landgericht Magdeburg, Halberstädterstr. 8, 13:00 Uhr

Gegensaaktion von Gendreck weg!

18. und 19. April 2009, Kreis Kitzingen am 18. und 19. April ist der Genmais noch nicht ausgesät. Das richtige Wochenende für eine Aktion für bäuerliche und vielfältige Landwirtschaft ohne Gentechnik! Die Initiative Gendreckweg - Freiwillige Feldbefreiung lädt ein zum Saatguttauschmarkt in Kitzingen. Weil jeder Genmais aber Nachbarfelder kontaminiert, Bodenlebewesen beeinträchtigt und Honig vergiftet, schreiten wir am Sonntag, den 19. April zu Tat und bringen auf einem der für Genmais angemeldeten Felder gentechnikfreie Saat aus.

AbL

öffentliche Jahresmitgliederversammlung 2009 der AbL-Chiemgau

am Sonntag, 26.04.2009, von 10.15 Uhr bis 14.00 Uhr
im Gasthof zur Post (Martini) in Stein a.d. Traun

Tagesordnung:

Begrüßung
Bericht vom Vorstand
Aussprache, Wünsche und Vorschläge

Vortrag:

Strategien für Zukunftsbetriebe
Kostensparen – weniger Aufwand - Tipps zum Weitermachen
Referent: Dipl.-Ing. Georg Abermann, Kitzbühl

Kontakt: Andreas Remmelberger: 08679 – 6474

Die Zeit ist reif!
...jetzt Aufstehen gegen Gentechnik!

Demo

Fahradtour & Trecker-Sternfahrt

für eine gentechnikfreie Landwirtschaft
Demo am Sa, 18. April 2009 in Einbeck

Treffpunkt: 10 Uhr „Kornhaus“ (Raiffeisenstraße)

demeter

GenWitz-weg
Witzenhäuser Agrar-StudentInnen
für eine gentechnikfreie Landwirtschaft
www.kws-gentechnikfrei.de

Bündnis für
Gentechnikfreie
Landwirtschaft
Hessen - Thüringen - Bayern

Gegen
Nachbau-Gebühren

BIGS

Bioland
ÖKOLOGISCHER LANDBAU

AbL
Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Stoppt das Patent auf die „arme Sau!“ Stoppt Patente auf Leben!

Aufruf zur Demonstration am 15. April in München
12 Uhr Marienplatz
14 Uhr Europäisches Patentamt, Erhardtstr. 27



Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft e.V.



Kein Patent auf Leben



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn,
Tel.: 05865/988360, Fax: 05865/988361
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.:
03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215
Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,
Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, amkloster@t-online.de;
Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, biohof-claar@freenet.de;
Mühltal: Martin Trieschmann, Tel.: 06151/145480, m.trieschmann@t-online.de;
Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, k.s.vetter@t-online.de;
Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, k.hellwig@web.de;
Homburg-Mü.: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, gross2607@aol.com

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,
Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218

Baden-Württemberg

Landesverband: Herbert Ernst, Tel. und Fax: 07258/8049
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Wolfgang König, Tel.: 09921/2843, e-mail: abl-bayern@web.de; Edith
Liersch, Tel.: 08562/870, www.abl-bayern.info.
Geschäftsstelle: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/
Alz, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer, Tel.: 08847/804,
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Andreas Rimmelberger,
Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194/8480; Anton Prechtel, Tel./Fax: 09265/7198

Sachsen/Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg,
Tel.: 037323/50129, Fax: 037323/15864



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221,
E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28,
21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugengebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen,
Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Völling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg
Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 89,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 124,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 34,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 59,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 1,- Euro

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort: _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei
Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht
spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die
Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL wei-
terleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Segnen gegen Seuchen

Christliche Gesänge und ehrfurchtsvolle Gebete vermischten sich mit Glockengeläut und dem Blöken und Meckern von Schafen und Ziegen auf dem Vorplatz der Basilika Sankt Anna im oberbayerischen Altötting. Bäuerinnen und Bauern pilgerten Mitte März in den Wallfahrtsort, um für ihre Tiere bei der bayerischen Schutzpatronin Maria Schutz und Hilfe gegen Krankheiten und Seuchen zu erbeten. Etwa 1.300 Menschen waren gekommen, um an dem Bitt-Gottesdienst in der Basilika teilzunehmen. Alle Bänke des katholischen Kirchengebäudes waren gefüllt, so dass ein Teil der Besucher in den Gängen und bis zu den Eingangstüren standen. Über Lautsprecher wurde die Predigt des Paters Felix Kraus auf den sonnigen Vorplatz der Kirche übertragen. Neben Fürbitten für Bäuerinnen und Bauern auf dem Land und den ihnen anvertrauten Tieren, appellierte das Oberhaupt der Kapuziner an die Verantwortung der Menschen für die Natur. „Die Forschung und die Gentechnik fordern unser Verantwortungsbewusstsein heraus.“

Der Eingriff in die Natur habe unabsehbare Folgen für Mensch und Tier, so der Pater.

Wasser auf des Schafes Haupt

Von Chorgesängen begleitet warteten Schafe, Ziegen und ein Bulle mit ihren Besitzern geduldig auf das Ende des Gottesdienstes.

Nach einer guten Stunde marschierten sie mit den übrigen Wallfahrern zum nahe gelegenen Kappellenplatz, wo die Organisatoren der Wallfahrt, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Bayern (AbL), Grußworte an die Besucher richtete. Ihr Vor-

eine heilbringende Wirkung haben, wurden geweiht und durften gegen eine kleine Spende mitgenommen werden, um sie dem Vieh auf den Höfen ins Futter zu mischen.

Neben der Bitte um göttlichen Beistand wollten die

Bäuerinnen und Bauern der AbL Bayern mit der Wallfahrt auch ein politisches Zeichen setzen. In ihrer Ankündigung machten sie darauf aufmerksam, dass viele Betriebe durch den von der Politik gewollten Milchpreisverfall, den Schäden durch neuartige Krankheiten, Impfschäden und hohen Bußgeldern vor einer ausweglosen Situation stehen. Sie wollen daher selbst bestimmen dürfen, ob sie ihre Tiere gegen die Viruskrankheit Blauzunge impfen lassen. Edith Lirsch, Bäuerin und Mitorganisatorin sprach zu den Besuchern: „Wir wollen selbst entscheiden dürfen, was wir für unsere Tiere und die uns anvertraute Natur für richtig halten.“ Deswegen soll auch die Entscheidung, ob und wo-



sitzender Wolfgang König bat um die Segnung des Viehs. Pater Felix segnete die geduldigen Tiere in ihrer provisorisch aufgebauten Umzäunung mit Weihwasser und gab auch den versammelten Menschen seinen Segen.

Verschiedene getrocknete Kräuter, wie Kamille, Salbei oder Wermut, die auch nach altem Brauchtum

für geimpft wird, den Bäuerinnen und Bauern selbst überlassen bleiben, sagte Lirsch. Der große Ziegenbock von Bauer Joseph Weindl schien sehr zufrieden mit der Veranstaltung zu sein. Während den andächtigen Gebeten kaute er genüsslich an einem großen Haufen Heu. *mh*

unabhängige bauernstimme: mit Verstand und Gottes Hilfe

4/2009

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonentin / des Abonnenten
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum

Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
oder Fax 02381 / 492221